

Rundschreiben Nr. 23. – November 2019. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 11/2019.

ArGe-Sprecher/innen: V.i.S.d.P.: Wolfgang Freye, Windmühlenstraße 25, 45147 Essen, Email: w.freye@web.de, Brigitte Wolf, Email:

brigitte.wolf@mnet-online.de. Redaktion: Eva Detscher, Email: eva.detscher@web.de.

Inhalt	
Berichte von der ArGe Sommerschule 2019	
Dok: Aus der Einladung	1
Begrüßung / Einleitung, Martin Fochler	2
Teil 1 – Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus.	
Martin Sellner: Identitär! Geschichte eines Aufbruchs. Antaios Verlag, 2017. EVA DETSCHER	3
Renaud Camus und sein deutscher Anhänger Mario Müller. ROSEMARIE STEFFENS	4
Identitäre Bewegung in den Fußstapfen von Carl Schmitt. BARBARA BURCKHARDT	6
Ernst Jünger: „In Stahlgewittern“. KARL-HELMUT LECHNER	7
Teil II : Das christliche Menschenbild in Gesellschaft und Politik und die konservative Abgrenzung zum Nationalismus	
Die Rede vom „christlichen Menschenbild“ – Herkunft, Wandlung und politische Funktion. Eine Skizze als Bericht von der Erfurter Sommerschule 2019. Von KARL-HELMUT LECHNER	8
Ein Tagungsbericht der Hanns-Seidel-Stiftung. EVA DETSCHER	11
Teil III: Das politische Leitbild der Emanzipation	
Bezugspunkte der Emanzipationsbewegungen. ROLF GEHRING	11
Zur Diskussion von Kant „Was ist Aufklärung“ bzw. „Die Metaphysik der Sitten“ (kurzer Auszug) und zu John Rawls, „Gerechtigkeit als Fairness“. MARTIN FOCHLER	12
Freiheitsgüter und die wiederentdeckte Eigentumsfrage. ROLF GEHRING	14
Teil IV: Industriepolitik	
Französisch/deutsche „Industriepolitik“ für Europa? – Was sagen Gewerkschaften und Linke. CHRISTOPH CORNIDES	15
ArGe-Nachrichten	
Treffen der Zusammenschlüsse der Partei- WOLFGANG FREYE	16
Einladung zur MITGLIEDERVERSAMMLUNG AM 3.2.2020 in Erfurt	16
Winterschule 2020. Zum Stand der Vorbereitungen.	
• Kurs Philosophie – Kulturwissenschaften. Arbeitstitel: Sicherheits- und militärische Konzepte und Schwerpunkte der Parteien mit besonderem Blick die Rechtsparteien in Europa	
• Kurs Wirtschaft: Öffentliche Güter – Freiheitsgüter – Partizipation – Was sind und wozu dienen Leitbilder?	

Sommerschule – Berichte

Dokumentiert: Aus der Einladung zur Sommerschule 2019:

Donnerstag, 8. August, 14 Uhr Beginn und Begrüßung
/ Einleitung: Martin Fochler

Teil I: Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus. (Geplant: Do. 14.15 Uhr bis Fr. 10 Uhr).

- Originaltext des Begründers der Identitären in Österreich und Deutschland. Martin Sellner: Identitär! Geschichte eines Aufbruchs. Vorbereitung: Eva Detscher
- Kultautor der Identitären. Renaud Camus: Revolte gegen den großen Austausch. Vorbereitung: Rosemarie Steffens
- Vergleich des identitären Demokratiebegriffs: Zwei kurze Texte von Mario Müller (Kontrakultur) mit dem Carl Schmitts. C. Schmitt: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus und C. Schmitt: Der Begriff des Politischen. Vorbereitung: Barbara Burckhardt
- Kurze Einordnung und Lektüre von Ernst Jünger, Der Waldgang. Vorbereitung: Karl-Helmut Lechner
- Moeller van den Bruck: Das dritte Reich, dazu eine kleine Einordnung, die sich stark auf Volker Weiss, Die autoritäre Revolte stützt. Vorbereitung: Christoph Cornides
- Impulsvortrag von Heinrich Detering: Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. / Francois Jullien, Es gibt keine kulturelle Identität, Kapitel III und IV, Seite 35–52 / Thomas Bauer, Die Vereindeutigung der Welt, kurzer Hinweis und Auszug von Seite 67–70 über den „Authentizitätswahn“. Vorbereitung: Bruno Rocker
- Diskussion über die weitere Arbeit an diesem Thema.

Teil II : Das christliche Menschenbild in Gesellschaft und Politik und die konservative Abgrenzung zum

Nationalismus (Geplant: Fr. 10 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr)
• Einleitung und Literaturhinweise: Karl Helmut Lechner. • Wir lesen und erörtern einen bei der Hanns-Seidl-Stiftung 2016 erschienenen fünf Seiten kurzen „Tagungsbericht christliches Menschenbild und abendländische Kultur – Kampfbegriffe oder kulturelle Grundlage?“

Teil III: Das politische Leitbild der Emanzipation.

(Geplant: Fr. 15 bis 18 Uhr, Sa. 9 bis 11 Uhr)

Wir wird der Mensch mündig? Wer bleibt unmündig?

- Immanuel Kant, „Was ist Aufklärung“ und kurzer Auszug aus „Die Metaphysik der Sitten“, Vorbereitung: Martin Fochler. Das Ziel der Emanzipation in wirkmächtigen Erklärungen und Abkommen. Einleitung: Rolf Gehring
- Die französische Erklärung der Menschenrechte.
- Karl Marx, Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation (Auszug).
- Die Europäische Menschenrechtskonvention (Auszug).
- Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966. Freiheitsgüter? Gerechtigkeit als Fairness?
- Kurzer Auszug aus John Rawls „Gerechtigkeit als Fairness“
- Michael Brie: Die wiederentdeckte Eigentumsfrage. Vorbereitung: Rolf Gehring

IV. AKTUELLES THEMA: Französisch-deutsche „Industriepolitik“ für Europa?

Was sagen Gewerkschaften und Linke, was sind ihre Ansatzpunkte der Kritik und der Politik dazu? (Geplant von 13.30 bis 17.30 Uhr, Vorbereitung: Christoph Cornides, Matthias Paykowski. Wir lesen und interpretieren offizielle Dokumente.

Martin Fochler, München

In den politischen Kontroversen der Zeit führen Neigung und Abneigung zur Gedankenwelt des Nationalismus zu entgegengesetzten Entscheidungen. Es handelt sich um Strategien, mit gesellschaftlichen Gegebenheiten fertig zu werden.

A) Gliederung der sozialen Welt in Territorialstaaten. Die heute selbstverständliche Gliederung des politischen Globus in Territorialstaaten ist eine Erfindung der letzten zwei Jahrhunderte. So war das alte Europa bis ins 19te Jahrhundert dynastisch geordnet, das politische Ordnungsprinzip die Verpflichtung auf Personen. Gebietsgewinn und -verlust ergaben sich aus der Machtentfaltung der herrschenden Dynastie. Wirtschaftsraum, politischer Raum, Rechtsraum, Kulturraum konnten sich überlagern. Die Entwicklung gesellschaftlicher Arbeitsteilung drängte dazu Wirtschaftsraum und Rechtsraum im politischen Machtraum einzuhausen, denn erst in dieser Konstellation sind Recht und Gesetz auch durchsetzbar. In einem langwierigen Prozess entsteht die Idee der unteilbaren Republik, die in der französischen Revolution lauthals proklamiert wird. Schon zu diesem Zeitpunkt ist unübersehbar, dass Kulturraum, Wirtschaftsraum und Wissenschaftsraum die nunmehr gezogenen Grenzen weiterhin überlagern. Dennoch ist die Scheidelinie zwischen Innen und Außen klar gezogen und im Lauf von nur zwei Jahrhunderten ereignete sich die durchgreifende Strukturierung und Ordnung der Welt nach territorial abgegrenzten Staatsgebieten.

B) Die Einrichtung der Staatsangehörigkeit. Da der Mensch nicht umhinkommt, sich irgendwo aufzuhalten, und alles Irgendwo Staatsgebiet ist, kann die politische Einrichtung der Staatsangehörigkeit universell formuliert werden. Markant geschieht dies dann Mitte des vorigen Jahrhunderts in der UN-Menschenrechtserklärung, die im § 15 lautet: „(1) Jeder hat das Recht auf eine Staatsangehörigkeit.“ Und „(2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“

Dieser Standpunkt wurde als Absage an die mörderischen Herrschaftsmethoden des Nationalsozialismus gesehen, die zeigte, wie Ausgrenzung, Ausbürgerung und Vernichtung in einander übergehen, richtete sich aber auch gegen verschiedenste Gestaltungen des Kolonialismus.

Das so formulierte Recht auf Staatsangehörigkeit bietet jeder natürlichen Person das Recht, sich irgendwo aufzuhalten, es unterwirft sie zugleich der Herrschaft eines konkreten Staates, innerhalb dessen lässt es gleichzeitig sehr verschiedene Ausgestaltung der Menschen- und Bürgerrechte zu. Diesem Umstand trägt die Deklaration eines Rechts auf Wechsel der Staatsangehörigkeit immerhin Rechnung.

Die Staatsangehörigkeit kommt den Einzelnen durch den Zufall der Geburt zu, durch den Orts, an dem sie zur Welt kommen und / oder durch die Staatsangehörigkeit der Eltern. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit auf dem Wege einer persönlichen Entscheidung ist ein Sonderfall, der eine Entlassung hier und eine Aufnahme dort nötig macht.

C) Staatsbürgerschaft. Die Institution der Staatsangehörigkeit markiert lediglich, dass jede Person einem politischen System unterworfen ist, die politische Idee der Staatsbürgerschaft bedeutet mehr. Ihre Basis ist die Staatsfinanzierung auf dem Wege der Steuern, aus der sich ein Recht der Bürger bei der Ausgestaltung der Staatsausgaben ableitet und bei dem Erlass von Gesetzen ableiten lässt. Die Konstruktion macht deutlich, dass dem Territorialstaat neben der Durchsetzung von Recht und Gesetz (es sei gestaltet, wie es wolle) auch die Bereitstellung öffentlicher Sachen, d.h. der Infrastruktur zukommt, und dass die Strukturierung der Infrastruktur auf Informationen der

Nutzerschaft angewiesen ist. Je nach dem Ausbau der staatsbürgerlichen Rechte enthält die Staatsangehörigkeit damit auch das Recht, diese bereitgestellten Sachen und Leistungen zu nutzen.

Damit ist ein sachliches Verhältnis der Staatsangehörigen zueinander gegeben – gemeinverträglicher Gebrauch der öffentlichen Sachen. Die Staatsgrenzen werden zu sozialen Grenzen, denn die Struktur der öffentlichen Güter und Leistungen ist historisch unvermeidlich staatsgebietsspezifisch.

D) Nationalität und Identität. Da die Staatsangehörigen in ihrer Lebensgestaltung auf den Gebrauch der öffentlichen Güter und Einrichtungen verwiesen sind, und weil die Struktur dieser Einrichtungen strukturierend wirkt, grenzen die Staatsgebiete Modalitäten der Lebensgestaltung ab.

Vor diesem Hintergrund ist es möglich, Lebensstil, Staatsbürgerschaft und Staatsangehörigkeit als unauflöslichen Verflechtungszusammenhang zu modellieren, der Staat wird als Nationalstaat begriffen, entscheidendes Zugehörigkeitskriterium der Zugehörigkeit ist dann die Abstammung.

Der Nationalstaat kann, so wie von der französischen Revolution definiert, als die Republik der Menschen verstanden werden, die auf dessen Gebiet geboren sind. Diese Deutung lässt große Unterschiede – angefangen von der Sprache – in allen Bereichen der Lebensgestaltung zu.

Im öffentlichen Diskurs überlagern sich diese Deutungen.

E) Die Person und Identität. Staatsangehörigkeit, Staatsbürgerschaft, Nationalität bezeichnen Einzelne als Teil von Kollektiven. Anders verhält es sich mit den Zuschreibungen „Person“ und „Identität“.

Die Angaben zur Person meinen stets und nur Einzelne. Ihr Zweck ist, den Einzelnen Ansprüche zu sichern bzw. von ihnen Rechenschaft und Haftung für ihr Handeln einzufordern.

Auskünfte über die Identität können sich darauf beziehen, im politischen und kulturellen Sprachgebrauch sind damit aber auch Modalitäten der Lebensgestaltung gemeint, die von den Einzelnen preisgeben oder ihnen auch bloß zugeschrieben werden.

F) Feste Kopplung / Lose Kopplung. Wird der Zusammenhang von Staatsangehörigkeit / Staatsbürgerschaft / Nationalität / Identität als feste Kopplung mit der einzelnen Person beurteilt, folgt ein spezifischer Modus des Urteilens. Quell der politischen Ideen und Normen sind nicht mehr die Einzelnen, die sich verständigen oder vertragen können, sondern jene Instanzen. Es entsteht das Problem des „richtigen“ und „falschen“ Bewusstseins.

Sieht man die Beziehung der Person auf Identität, Nationalität, Staatsangehörigkeit hingegen als lose Kopplung an, dann wird die Gestaltung und Rechtsausstattung jener Kollektive Gegenstand kritischer Diskussion, die ihren Bezugspunkt in der Anerkennung aller anderen Einzelnen als Träger von Menschenrechten hat.

G) Menschenrechte als Institution und Selbstbestimmung. Der Nationalismus kommt, insbesondere in seinen identitären Ausprägungen zur Relativierung der Menschenrechte. Es hat lange genug gedauert, bis die politische Idee der Menschenrechte ihre institutionelle Ausprägung und damit die Möglichkeit zu verbindlichen Formulierungen gefunden hat. (Der erste Anlauf, der Völkerbund, ist bekanntlich gescheitert.)

Die fixierten Menschenrechte schaffen Raum für Selbstbestimmung, und sei es auch nur, weil sie den Einzelnen Ansatzpunkte zu Kritiken mit den sozialen Mächten bieten, ohne diese Feststellungen würde es praktisch unmöglich sein, der strukturierenden Gewalt der vorgefundenen Gegebenheiten auch nur gedanklich zu entkommen. (August 2019)

VERWENDETE LITERATUR: **Sellner, Martin:** Identitär! Geschichte eines Aufbruchs, 2017 | **Camus, Renaud:** Revolte gegen den großen Aufstand, Schnellrode 2016 | **Müller, Mario Alexander:** Kontrakultur, 2017 | **Schmitt, Carl:** Die geistesgeschichtlich Lage des heutigen Parlamentarismus, 10. Auflage 2017 (1. Auflage 1923) | **Schmitt, Carl:** Der Begriff des Politischen, Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien | **Jünger, Ernst:** Der Waldgang | **Moeller van den Bruck, Arthur:** Das dritte Reich | **Weiss, Volker:** Die autoritäre Revolte **Detering, Heinrich:** Impulsvortrag: Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten – „Was heißt hier »wir«?“, Nov. 2018 | **Jullien, Francois:** Es gibt keine kulturelle Identität, Kapitel III und IV, Seite 35-52, Berlin 2017 | **Bauer, Thomas:** Die Vereindeutigung der Welt, 2018. Kurzer Hinweis und Auszug von Seite 67-70 über den „Authentizitätswahn“ | **Fuchs, Christian, Middelhoff, Paul:** Das Netzwerk der Neuen Rechten, Reinbek 2019 | **Speit, Andreas,** Das Netzwerk der Identitären, Links-Verlag 2018

Aus der Ankündigung zur Sommerschule: „Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lösen im 19ten und 20ten Jahrhundert kraftvolle Bewegungen – für gleiche Rechte und gegen Diskriminierung von Lebensäußerungen – aus. Sie werden von der Idee der gleichen Menschenrechte getragen. Die aktuellen identitären Bewegungen der Rechten setzen an die Stelle der Leitidee der Menschenrechte die Idee von Nation, Land und Volk und dessen Sitten. „Als wahren Gegner orten wir die Ideologie des Egalitarismus und des Universalismus“ (Martin Sellner in der Zeitschrift „Identitär!“). Sie entziehen damit der Demokratie und dem Recht – gleiches Wahlrecht und Urteil ohne Ansehen der Person – den Boden. Sie sehen sich auch als Opfer der '68er, die die Aufarbeitung des Faschismus begonnen hatten, als solche, die sich „von ihrer Verantwortung befreien“. Wir beschäftigen uns mit der Konst-

ruktion „Identitär“ und den Ansätzen einer Kritik.“

Wie aus der Liste der für die Sommerschule vorgeschlagenen Texte, die wie gemeinsam lesen und diskutieren wollten, hervorgeht, sind einige Autoren der Rechten darunter zu finden. Ihre Art der Verknüpfung von kultischem und politischen Raum zu entkoppeln und wirksame Argumente dagegen zu finden, ist keine einfache Aufgabe. Über eine ganze Reihe der besprochenen Texte wird im Folgenden, über die Ausführungen von Prof. Detering wurde bereits in den Politischen Berichten, Ausgabe 08-09, 2019 berichtet. Arthur Moeller van den Bruck wird mit einer kleinen Einordnung, die sich stark auf Volker Weis: „Die autoritäre Revolte“ bezieht, in einer der nächsten Ausgaben der Politischen Berichte behandelt werden, um den Komplex der „Konservativen Revolution“ in der gebotenen Ausführlichkeit zu untersuchen.

Martin Sellner: Identitär! Geschichte eines Aufbruchs. Antaios Verlag, 2017

Berichterstattung EVA DETSCHER, Karlsruhe

Sich ein Machwerk von Martin Sellner anzutun und Satz für Satz zu lesen, stellt eine mehrfache Herausforderung dar. Sellner gilt auf der Rechten als Theoretiker, weil er die Schriften von Camus (siehe Beitrag dazu in diesem Heft) auf die deutschsprachige Formel vom „Großen Austausch“ gebracht hat. Tatsächlich ist dieses großspurige Getue nichts anderes als eine Rechtfertigungsschrift für Rassismus und dem Plan zur Vernichtung aller Gegner – der politischen, zivilen, institutionellen. Für wen hat er dieses Buch geschrieben? Für die Agitatoren und Propagandisten der Rechten vor Ort – auf der Straße, in den Hinterzimmern, den Konzerten, dem World-Wide-Web und seinen Foren – und für die illustre Gesellschaft der Damen und Herren, die sich für Führungsaufgaben berufen fühlen und auf eine Machtübernahme und den Umbau der Gesellschaftssysteme vorbereiten. Daher ist es nicht falsch, sich den Wortlaut der ideologischen Konstruktion und der Aufforderungen zum Handeln vor Augen zu führen. Im Folgenden einige der Schlüsselsätze aus dem Machwerk – und keiner soll sagen, er hätte es nicht gewusst, was die wirklich wollen: von ihnen als solche definierte guten Deutsche herrschen („Indigene“ – der moderne Begriff für die „Herrenrasse“ der Nazis), alles andere wird zum außer Landes oder sonst wie zu entsorgenden Feind erklärt. Der vor Jahren begonnene ideologische Krieg, den diese Strippenzieher perfektionieren wollen, hat schon zu viele Schlachten gewonnen.

„**Metapolitik**“ – „Ihr Ziel ist es, die kulturelle Hegemonie, welche die Grundüberzeugungen und Grundstimmungen in der Gesellschaft formt, zu beeinflussen. Das bedeutet vor allem, neue Begriffe und Bilder zu „injizieren“ (Anführungszeichen in den Texten von Sellner!).“

„Die Herrschaft über die Begriffe bedeutet die Beherrschung der Perspektive.“

„Der Begriff muss in der Lage sein, die metapolitische Debatte zu überwölben.“

„All diese theoretischen Fragen bewegten uns in der Iden-

titären Bewegung, als wir mit der Kampagne zum „Großen Austausch“ das von Renaud Camus geprägte Schlagwort vom grand remplacement erstmals in den deutschen Sprachraum einführt. Bis dahin hatten wir vor allem eine positive Zielbestimmung, den „Erhalt der ethnokulturellen Identität“, angesetzt. Unsere „Feindbegriffe“ zergliederten sich in Masseneinwanderung, Islamisierung, Demographiekollaps und andere negative Erscheinungen, die wir als Bedrohung unserer Identität erkannten.“

„Wir wissen genau, dass die Masseneinwanderung Teil eines globalen Zerstörungsfeldzugs gegen alle Völker und Kulturen ist. Wir wissen genau, dass es die eigene Dekadenz und der liberalistische Werteverfall sind, die Europa erst sturmreif für die Invasion der Fremden gemacht haben. Wir wissen vor allem, dass der eigentliche „Feind“ im eigenen Land sitzt, dass unsere Eliten, die uns fortgesetzt verraten, sowie unsere Intelligenz, die sich im Ethnomasochismus suhlt, die eigentlichen Urheber der Misere sind.“

„**Die Einigung der Front der Patrioten**“ – „Die Identitäre Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, eine sogenannte Front der Patrioten aufzubauen, die in sich vom Christlich-Konservativen bis zum Libertär-Islamkritischen das gesamte Spektrum vereinen und aktivieren soll.“

„Das Bekenntnis zur Ablehnung des Großen Austausches und zum Kampf gegen ihn, das für uns mittlerweile Grundvoraussetzung zur Zusammenarbeit geworden ist, zeigt klar seine einigende Kraft.“

„**Kein Schicksal**“ – „Das Täuschungsmanöver der Multikultifanatiker beginnt aber bereits bei der Postulierung des Austausches als Naturereignis, das man nur verwalten, gegen das man aber niemals in Fundamentalopposition gehen könne.“

„Die Agenda wird ja offen ausgesprochen, in ökonomischen Strategiepapieren als Ziel, in Unis und Schulen als Grundkonsens und in den Medien als „Chance“ und „Fortschritt“ ausgegeben. Unter verschleiern Namen wie „Vielfalt“, „Diversity“

und „Buntheit“ hat man den gesamten Beamtenapparat vom Volkswirt bis zur Volksschullehrerin auf den Austausch eingeschworen. Vom Theaterdirektor bis zum Kabarettisten, vom Rocksänger bis zum politisierenden Pfarrer propagiert ihn die gesamte Kulturszene.“

„**Der wahre Feind**“ – „Das wahre Problem sind aber die Austauscher. Indem man Masseneinwanderung und Islamisierung als Aspekte des Gesamtprozesse erkennt, treten die konkreten Einwanderer notwendigerweise als Feindbilder zurück. Die Initiatoren, Vertuscher und Förderer des Gesamtprozesses sind die wahren Feinde jener, die den Großen Austausch verhindern wollen. Sie sind die wahren Feinde der europäischen Völker.“

„Sie müssen selbst ausgetauscht werden.“

„**Der letzte Akt – „Refugees welcome!“**– „Europa ergeht es im „Refugees welcome“-Wahn wie einem ans Bett gefesselten Menschen, der zum Zwecke seiner Vivisektion mit Injektionen ruhiggestellt wurde.“

„**Die letzte Generation**“ – „Denn wir sind die letzte Generation, die diese ultimative Katastrophe abwenden kann.“

„Noch gibt es in der europäischen Jugend eine gewisse Mehrheit, die zum Aufbau einer Protest- und Widerstandsbewegung in der Lage ist. Zu dieser gesellt sich die absolute, indigene Mehrheit der älteren Generation, die als Pensionisten und Berufstätige für die finanzielle Unterstützung einer solchen Bewegung unerlässlich sind.“

„**Der Aufstand gegen den Austausch**“ – „Das Overton Window verschiebt sich jeden Tag in unsere Richtung. Gestern

Die Identitären haben ein klares Feindbild, hinter dem sie sammeln. Die Listen, die erstellt und in Umlauf gebracht werden, die Morde, die begangen und bejubelt werden ...

Renaud Camus und sein deutscher Anhänger Mario Müller

Berichterstattung: ROSEMARIE STEFFENS, Langen

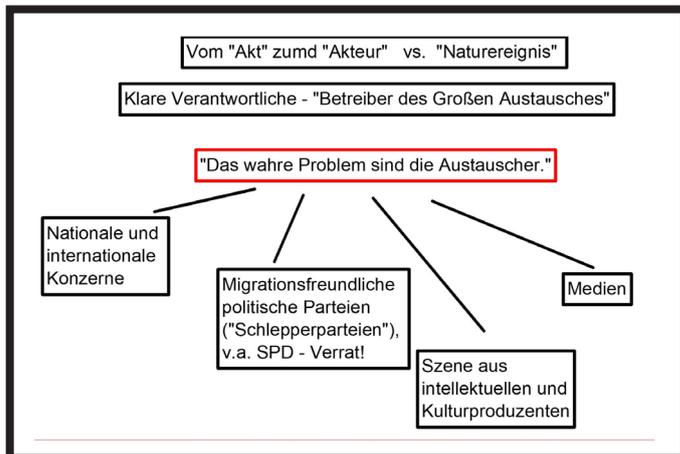
Renaud Camus ...

wurde in der Sommerschule als Autor ausgewählt, weil sich die identitäre Bewegung auf ihn, besonders auf den von ihm geprägten Begriff des „Großen Austauschs“ bezieht.

Renaud Camus geb. 1946 in Chamalières, Mittelfrankreich, studierte Philosophie und Rechtswissenschaft u.a. in Großbritannien und USA. Er hatte einen Lehrauftrag in Arkansas, verkehrte mit Schriftstellern und Künstlern wie Louis Aragon, Roland Barthes, Marguerite Duras und Warhol, versteht sich als Kosmopolit, Denker und Philosoph, lebt auf seinem Schloss „Chateau de Plieux“ in Gers.

2002 gründete er die „Parti de l’Innocence“, ungefähr zu verstehen als „Partei der Arglosigkeit“.

2010 erscheint sein Werk „Le grand remplacement“ (Der große Austausch) in Frankreich, 2016 ins Deutsche übersetzt. Ein verwandter Begriff ist Umvolkung, der aber nationalsozialistisch belegt ist. Der neurechte Publizist und Verleger Götz Kubitschek gab Camus Buch in seinem Verlag Antaios auf Deutsch heraus. Das Konzept eines heimlich durchgeführten Bevölkerungsaustauschs wurde nicht nur in neurechten Blogs und Foren zustimmend aufgegriffen. Auf einem Parteitag der AfD 2018 warnte Parteichef Alexander Gauland vor einem „Bevölkerungsaustausch“. Auch Strache sagt, dagegen werde sich die FPÖ einsetzen. Pegida, Die Identitären im deutschsprachigen Raum beziehen sich ebenfalls auf diese Verschwörungstheorie, mit der Renaud Camus 2019 gemeinsam mit Karim Ouchikh, dem Präsidenten der identitären Klein-Partei „Souveränität,



Unsaßbares wird heute salonfähig. Patriotische Kampfvokabeln wie „Festung Europa“ gehen in den Sprachgebrauch der Politik ein. Die Verantwortlichen müssen zurückrudern.“

„**Praxis**“, „**Der Große Austausch und die Allianz der Patrioten**“ – „Die Arbeit ist mittelbar, man arbeitet „am Bewusstsein“ der Bevölkerung. Ziel muss es sein, dessen schlummerndes „Immunsystem“ zu wecken, das sich im Namen des Großen Austausches gegen die wahren Fremdkörper, die Agenda der Austauscher, richten muss. Das bedeutet heute, im Angesicht der Invasion Europas, in erster Linie eine sofortige Grenzschließung und einen Beginn der Remigration, d.h. einer Umkehrung der Migrationströme, beginnend mit der Ausweisung der Illegalen, Gesetzesbrecher und Islamisten.“

„Die Arbeit ist mittelbar, man arbeitet „am Bewusstsein“ der Bevölkerung. Ziel muss es sein, dessen schlummerndes „Immunsystem“ zu wecken, das sich im Namen des Großen Austausches gegen die wahren Fremdkörper, die Agenda der Austauscher, richten muss. Das bedeutet heute, im Angesicht der Invasion Europas, in erster Linie eine sofortige Grenzschließung und einen Beginn der Remigration, d.h. einer Umkehrung der Migrationströme, beginnend mit der Ausweisung der Illegalen, Gesetzesbrecher und Islamisten.“

Identität und Freiheit“, auf der Liste „Die klare Linie“ zu den Europawahlen kandidierte.

Camus gilt als „Vordenker“ der Partei Rassemblement National (Le Pen), Marine le Pen scheut jedoch die öffentliche Verbindung zu ihm, jedoch macht sich innerhalb der Partei eine Strömung breit, die sich seinen Begriff des Bevölkerungsaustauschs zu eigen macht.

In seinem Buch Revolte gegen den großen Austausch vertritt er, dass die (nach Frankreich) Eingewanderten das Land durch eine Gegen-Kolonisation „einnehmen“, einen gigantischen Abbau der französischen Kultur betrieben, die staatlichen Leistungen durch Missbrauch zerstören und – die in ihren Herkunftsländern vorhandene – Korruption und Tyrannei einschleusen würden. Auf Seite 114 gesteht er zwar zu, vor dem Gesetz seien alle gleich, dennoch seien die Menschen ungleich. Was liegt näher, als aus einer „natürlichen“ Ungleichheit auch eine juristische zu machen.

Camus wurde von einem Gericht in Paris 2014 zu 4000 Euro Geldstrafe verurteilt, weil er muslimische Einwanderer als Teil einer „Eroberung Frankreichs“ bezeichnet hatte.

Mit seinen Beispielen bezieht er sich zwar auf die französische Gesellschaft und Geschichte, will die Vorgänge aber auf die europäischen Länder insgesamt übertragen, ausdrücklich auch auf Deutschland.

(Auffällig ist die parallele Argumentation von Sarrazin, 2010: „Deutschland schafft sich ab“). Der Begriff des Großen Austauschs hat sich auch innerhalb der Neuen Rechten anderer Länder etabliert – der Attentäter von Christchurch in Neuseeland im März 2019 z. B. begleitete das Massaker in zwei Moscheen mit einem Manifest unter dem Titel „Der große

Austausch“, eines angeblich geplanten Bevölkerungsaustauschs der Weißen durch Muslime und eine drohende „Islamisierung“. Martin Sellner, Anführer der österreichischen Identitären, lobt den Begriff des Großen Austauschs als Überbegriff für Einzelerscheinungen wie „Migrantenkriminalität, Islamisierung, Überfremdung, Genderwahn, Scharia-Zonen“.

Der Europabegriff von Camus:

„Wir brauchen eine Allianz aller Männer und Frauen aus allen Parteien und aus allen Staaten des Kontinents, die sich der Auflösung der Völker widersetzen und sie ernsthaft und auf ehrenhaftem Weg aufhalten und beenden wollen. Wir müssen diejenigen Kräfte sammeln, die bereit sind, überall in Europa auf die bedrückende Realität des Großen Austausches und seine Auswirkungen auf die Menschen und Völker hinzuweisen. Wir müssen entschlossen sein, das Ruder an uns zu reißen und den eingeschlagenen Kurs umzukehren und uns dabei ...über das unentwirrbare Netz der Denk- und Redeverbote, das uns am Handeln hindert, hinwegzusetzen. Denn in diesem Kampf geht es ... nicht minder um Europa, ein Europa, das wieder zu sich selbst gefunden hat. Es liegt in der Hand seiner Völker, mithilfe von Parteien, Bewegungen und Persönlichkeiten dieses Europa durchzusetzen, und sich zu einer gemeinsamen Kultur und Zivilisation zu bekennen, zum Europa Karls des Großen, der Romani, Friedrichs II. von Hohenstaufen oder des Jean-Christophe von Romain Rolland ...“

Mario Müller

Der deutsche Kult-Autor der Identitären Bewegung und Anhänger von Renaud Camus namens Mario Müller sieht das wahre Europa ebenfalls nationalistisch. In seinem Buch „Kontrakultur“, erschienen 2017, schreibt er abfällig über die bestehende EU: „Europa ist nicht der Westen. Was sich in den letzten 200 Jahren aus dem intellektuellen Abfall der Universitäten, dem Machtstreben der Unwürdigen und dem teuflischen Geist des Geldes entwickelt hat, was heute als falsches Zauberwort von der Menschheit die Völker der Welt verneint, ist das Anti-Europa der reinsten Form.“

Die westeuropäischen Regierungen planten eine Auflösung ihrer Völker, was ihn zum Patrioten gemacht habe.

Die Identitären weisen den Vorwurf zurück, sie seien Faschisten oder Rassisten. Sie betonen, sie seien nur vaterlandsliebend.

Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ nahm nicht sofort Bezug auf die konservative Revolution, da dies ein offenes Bekenntnis zur Neuen Rechten (Institut für Staatspolitik und Junge Freiheit) bedeutet hätte.

Inzwischen gehört ihr Selbstbekenntnis zur konservativen Revolution, also Autoren wie Ernst Jünger, Carl Schmitt, Moeller van den Bruck, etc. zum guten Ton.

Als wir Ende des Jahres 2014 ein identitäres Projekt namens »Kontrakultur Halle« gründeten, war der Name zugleich unser Programm: Wir wollten nicht nur politisch aktiv sein, sondern darüber hinaus im Kleinen das Leben, was wir uns für unser Volk im Großen wünschen – eine vitale Gemeinschaft, das Gegenteil jener Kultur des Selbsthasses, der Entgrenzung und des Fatalismus, die den Niedergang Europas als Begleitmusik orchestriert. Unser Anspruch war, jungen Menschen eine Alternative zur geistigen Leere der abgesicherten Konsumgesellschaft zu zeigen, zu einem Lebensentwurf zwischen 8-Stunden-Job und ein paar Lines Koks auf einem Disco-Klo am Wochenende. Das alles kommt uns vor wie der letzte Tanz einer untergehenden Kultur.

Mario Müller schreibt in seinem Buch „Kontrakultur“, die Konservative Revolution könne verstanden werden als Antwort auf die Französische Revolution 1789 gegen bedingungslose Gleichheit, falschen Fortschrittsglauben und allmächtige Vernunft.

Aus der Diskussion:

Die Identitären haben nichts Neues erfunden. 1981 erschien das Heidelberger Manifest, in dem deutsche Hochschulprofessoren bereits die gleichen Katastrophen für die deutsche Nation vorhersahen: „Mit großer Sorge beobachten wir die Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien, die Überfremdung unserer Sprache, unserer Kultur und unseres Volkstums. [...] Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Traditionen weitergegeben werden. Die Integration großer Massen nichtdeutscher Ausländer ist daher bei gleichzeitiger Erhaltung unseres Volkes nicht möglich und führt zu den bekannten ethnischen Katastrophen multikultureller Gesellschaften. Jedes Volk, auch das deutsche Volk, hat ein Naturrecht auf Erhaltung seiner Identität und Eigenart in seinem Wohngebiet. Die Achtung vor anderen Völkern gebietet ihre Erhaltung, nicht aber ihre Einschmelzung („Germanisierung“).“

Das identitäre Menschenbild ist eines durch Geburt determinierten Menschen (Loix sanguine), in dem die Aristokratie bestimmt, was französisch ist.

Es wird geprägt von mythologischen Vorstellungen einer völkischen Welt, in der sich Interessen aus der Abstammung ableiten.

Die Argumentation der Landnahme durch die Eingewanderten wirkt in den Alltag, in die Parteien hinein: Beispiel Düsseldorfer Schwimmbad. Absolut hysterische Reaktion als „nordafrikanische junge Männer“ 15 Sekunden lang die Rutschbahn blockierten – Erzählung der Landnahme: „Die nehmen uns unsere Schwimmbäder weg“.

Gegenargumente:

- Es hat seit Jahrtausenden Völkerwanderungen gegeben. Entweder gestaltet man die Einwanderung und das geordnete Zusammenleben oder es entsteht eben Chaos.

- R. Camus bezieht sich überhaupt nicht auf die französischen Verfassungsgeschichte. Im ersten Entwurf der Verfassung steht: jeder ist Franzose, der drei Monate in Frankreich lebt.

- Es gibt nur die eine Rasse: die menschliche. Dieser Leitsatz Nelson Mandelas ist seit 4.1.1969 Grundlage des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung und damit internationale Konvention.

- Angreifen kann man die Sache mit der Staatsangehörigkeit gegen völkische Betrachtung.

Allerdings kann man die Identitären oft nicht mit rationalen Argumenten bekämpfen. Sie wollen den Kampf um kulturelle Hegemonie gewinnen, Stück für Stück die gesellschaftliche Debatte verändern (Metapolitik). Volker Weiß:

„Der Aufbruch der neuen Rechten war von einem neuen politischen Verständnis geleitet. Metapolitik bedeutet, die »Verfügungsrechte über den konservativen Diskurs« zurückzugewinnen. ... Theologisch gesprochen, bestimmt die Metapolitik den Glauben, auf dem die politischen Entscheidungen überhaupt erst getroffen werden können.“

Die Linken operieren meist mit Maximen, statt mit konkreter Gestaltung, da hakt es oft. Wir müssen auf die reale Änderung der Welt schauen, nicht nur auf die Vorstellung von Welt (Isolde Charim).

Identitäre Bewegung in den Fußstapfen von Carl Schmitt

„Identitäre Bewegung“ Demokratiebegriff bei Mario Müller, in „Kontrakultur“ und Carl Schmitt, in „Die geistes-geschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ und in „Der Begriff des Politischen“
Berichterstattung BARBARA BURCKHARDT, Berlin

„Kontrakultur“

Mario Müller, geboren 1988, ist führender Aktivist der Identitären Bewegung (IB) und Kader des 2017 gegründeten identitären Hausprojekts Kontrakultur Halle. Neben dem Institut für Staatspolitik (IfS) in Schnellroda und der Bibliothek des Konservatismus in Berlin ist Kontrakultur ein wichtiger Anlaufpunkt für die IB bzw. die sogenannte „Neue Rechte“. Mario Müller ist sowohl in der IB als auch in der neonazistischen Bewegung aktiv. Er hat enge Kontakte zu den Identitären Bewegungen in Österreich und Italien sowie zu faschistischen Organisationen in Europa, vor allem in Osteuropa.

In seinem Buch „Kontrakultur“⁽¹⁾ stellt Mario Müller in Aneinanderreihung kurzer Texte dar, was der IB als „Gegenkultur gegen den linken Zeitgeist“ wichtig ist. Dabei werden in dem Buch wie auch in der Identitären Bewegung insgesamt gerne Ausdrucks- und Aktionsformen der 68er-, der Occupy- und ähnlicher Bewegungen kopiert. Eine in diesen Bewegungen praktizierte „Debattenkultur“ lehnt die IB jedoch ausdrücklich ab. Es „muss eine Spitze geben“ und Aktivisten, die im Namen der IB agieren, werden streng kontrolliert.

Bei „Kontrakultur“ handelt es sich um ein Sammelsurium von Texten über Schlachten, Opfergänge, politische Aktionen, Filme, Bücher, Comics, Verhaltensregeln bei Festnahmen, Mode- und Style-Tipps sowie die Darstellung von Personen, die sich real oder angeblich positiv auf die Ziele der IB beziehen. So werden z.B. unter dem Stichwort „Rebellion gegen das Establishment“ Mohammad Ali und Rudi Dutschke für die IB vereinnahmt.

Mehrere Texte in „Kontrakultur“ beziehen sich positiv auf die elitären, antiliberalen, antidemokratischen und antiemanzipatorischen Vordenker der konservativen Revolution in der Weimarer Republik wie Ernst Jünger, Friedrich Nietzsche und Carl Schmitt. So fordert Mario Müller in seinem Buch „die Rückkehr zur Identitäre Demokratie“. Der Nationalstaat soll ethnisch homogen sein, Elemente, die dieser Homogenität nicht entsprechen, sollen bekämpft und aus den nationalstaatlichen Grenzen verbannt werden. Dabei bezieht er sich auf Carl Schmitt: „Mit Carl Schmitt gesprochen bedeutet das die Übereinstimmung von Herrschern und Beherrschten, also eine homogene ‚Volksdemokratie‘ ohne fremde Einflussnahme“ (S. 59f.). Wegen dieser Bezugnahme wurde Carl Schmitt als Autor für die Sommerschule ausgewählt.

Carl Schmitt, (1888–1985) trat am 1. Mai 1933 in die NSDAP ein. Er galt schnell als „Kronjurist“ der Nationalsozialisten. Die Ermordung Röhm's und anderer 1934 durch die Nazis rechtfertigte er mit dem juristischen Prinzip der „Führer-Ordnung“. Die Nürnberger Rassengesetze von 1935 nannte er eine „Verfassung der Freiheit“. 1936 bekannte er sich ausdrücklich zum nationalsozialistischen Antisemitismus und forderte, jüdische Autoren in der juristischen Literatur nicht mehr zu zitieren oder jedenfalls als Juden zu kennzeichnen. Im gleichen Jahr wurde ihm jedoch Opportunismus vorgeworfen, und er verlor seine Parteiämter, blieb aber bis 1945 Mitglied der NSDAP und des Preußischen Staatsrats. Nach 1945 verhinderten die westlichen Alliierten die Rückkehr Schmitts auf einen Lehrstuhl an einer deutschen Universität. Auch nach 1945 vertrat Carl Schmitt antidemokratische, antiparlamentarische und antisemitische Positionen und polemisierte gegen zentrale Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Carl Schmitts „Homogene Demokratie“

In seiner Schrift „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“⁽²⁾ von 1923 definiert Schmitt seinen Begriff von Demokratie in Abgrenzung zum Liberalismus: „Jede wirk-

liche Demokratie beruht darauf, daß nicht nur Gleiches gleich, sondern, mit unvermeidlicher Konsequenz, das Nichtgleiche nicht gleich behandelt wird. Zur Demokratie gehört also notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen. (...) Die politische Kraft einer Demokratie zeigt sich darin, daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß. (...) Seit dem 19. Jahrhundert besteht sie (die Demokratie, B.B.) vor allem in der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation, in der nationalen Homogenität“ (S. 13/14).

Homogene Demokratie als Staatsform setzt gemäß Carl Schmitt – auch unter Berufung auf Rousseau – die „demokratische Identität von Regierenden und Regierten“ (S. 19ff) voraus. Zustimmend zitiert er Samuel von Pufendorf (in: *De iure Naturae et Gentium*, 1672, Buch VII, Kapitel VI, § 8): „... in der Demokratie, wo derjenige, der befiehlt, und derjenige, der gehorcht, derselbe ist, kann der Souverän, d.h. die aus allen Bürgern bestehende Versammlung, beliebig Gesetze und Verfassung ändern“ (S.19ff.). Nachfolgend kritisiert Carl Schmitt dann Parlamentarismus, geheimen Wahlen und individuellen Rechten: „Die einstimmige Meinung von 100 Millionen Privatleuten ist weder Wille des Volkes, noch öffentliche Meinung. Der Wille des Volkes kann durch Zuruf, durch acclamatio, durch selbstverständliches, unwidersprochenes Dasein ebensogut und noch besser demokratisch geäußert werden als durch einen statistischen Apparat...“ (S. 22).

Entscheidend für die nationale Homogenität ist nach Carl Schmitt, dass die Regierenden das Volk durch gelenkte Mobilisierung als homogene Einheit hinter sich versammelt. In diesem Sinne können auch Diktaturen, die in der Lage sind, mit „ungewöhnlichen Methoden, den Willen des Volkes zu bilden und Homogenität zu schaffen“, demokratisch sein: „Bolschewismus und Faschismus dagegen sind wie jede Diktatur zwar antiliberal, aber nicht notwendig antidemokratisch. (...) Je stärker die Kraft des demokratischen Gefühls, um so sicherer die Erkenntnis, daß Demokratie etwas anderes ist als ein Registriersystem geheimer Abstimmungen. Vor einer, nicht nur in technischen, sondern auch im vitalen Sinne unmittelbaren Demokratie erscheint das aus liberalen Gedankengängen entstandene Parlament als eine künstliche Maschinerie, während diktatorische und zäsaristische Methoden nicht nur von der acclamatio des Volkes getragen, sondern auch unmittelbare Äußerungen demokratischer Substanz und Kraft sein können.“ (S. 22f.)

Carl Schmitts Antiliberalismus

Für die Identitäre Bewegung ist „der bürgerliche Liberalismus der Hauptfeind“ (Alain de Benoist, französischer Vordenker der Nouvelle Droite). Auch Carl Schmitt kritisiert in seinen Schriften „Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus“ (GLP)⁽²⁾ und „Der Begriff des Politischen“ (BDP)⁽³⁾ von 1932 Liberalismus, Parlamentarismus, moderne Massendemokratie und Menschengleichheit vehement. Pluralismus, Diskussion, Gewaltenteilung, individuelle Rechte und Freiheiten würden die nationale Homogenität verhindern: „Es ist der in seiner Tiefe unüberwindliche Gegensatz von liberalem Einzelmensch-Bewußtsein und demokratischer Homogenität.“ (GLP, S. 23). Damit sei die Identität von Regierenden/Regierten, Befehlenden/Gehorchenden und der homogene Volkswille zur Vernichtung des Fremden, des Feindes gefährdet: „Die politische Einheit muß gegebenenfalls das Opfer des Lebens verlangen. Für den Individualismus des liberalen Denkens ist dieser Anspruch auf keine Weise zu erreichen und zu begründen... Für den Einzelnen als solchen gibt es keinen Feind, mit dem er auf Leben und Tod kämpfen müßte, wenn er persönlich nicht will... Was dieser Liberalismus

von Staat und Politik noch gelten läßt, beschränkt sich darauf, die Bedingungen der Freiheit zu sichern und Störungen der Freiheit zu beseitigen... Aus dem in der Situation des Kampfes gegebenen, völlig selbstverständlichen Willen, den Feind abzuwehren, wird ein rational-konstruiertes soziales Ideal oder Programm, eine Tendenz oder eine wirtschaftliche Kalkulation.“ (BdP S. 70f).

Quellen:

- 1) Mario Müller, „Demokratie“, S. 59f.; „Jugend ohne Migrationshintergrund“, S. 89f., in Mario Müller, Martin Sellner (Nachwort), Kontrakultur, Juli 2017, Antaios Verlag
- 2) Carl Schmitt, Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 10. Aufl. 2017 (1. Aufl.: 1923), Duncker & Humblot, Berlin
- 3) Carl Schmitt, Der Begriff des Politischen. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien, Duncker & Humblot, Berlin

Ernst Jünger: „In Stahlgewittern“ – Der erste Weltkrieg als Faszinosum – der Roman eines schrecklichen „Helden“

Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Ernst Jünger: * 29.3.1895; † 17.2.1998 war ein deutscher Schriftsteller und Offizier, dessen Kriegstagebücher „In Stahlgewittern“ als die große literarische deutsche Aufarbeitung der Kriegserlebnisse im ersten europäischen Weltkrieg gelten. Überzeugter Nationalist, Feind der bürgerlichen Demokratie und leidenschaftlicher aktiver Militarist in zwei Weltkriegen, kämpfte Jünger entschieden gegen die Weimarer Republik, aber nicht für die Nazis, die ihm zu gewöhnlich waren. In der BRD erhielt Jünger verschiedene Preise und Auszeichnungen, darunter 1959 das Große Bundesverdienstkreuz.

Jünger wurde zum ersten Mal eine Gestalt des öffentlichen Lebens im Jahre 1918, als Kaiser Wilhelm II. ihm persönlich den höchsten Orden der deutschen Streitkräfte, den Pour le Mérite, für außergewöhnliche Tapferkeit und mehrfache Verwundungen als Führer einer Sturmtruppe an der Westfront verlieh. Auf Drängen seines Vaters stellte Jünger die Aufzeichnungen zusammen, die er im Verlauf des Krieges niedergeschrieben hatte. Er veröffentlichte sie in einem Erinnerungsbuch mit dem Titel „In Stahlgewittern“. Das Buch erschien 1922 zum ersten Mal und danach in sechs verschiedenen, stark revidierten Auflagen in den zwanziger und dreißiger Jahren. Hitler bewunderte das Werk als die sprachlich vollkommenste Darstellung des Frontkämpfererlebnisses. Im Jahre 1925 sandte er Jünger ein Exemplar von „Mein Kampf“, und Jünger revanchierte sich mit einer Ausgabe von „In Stahlgewittern“, die eine enthusiastische Widmung enthielt.

Vor dem Hintergrund von Tagebuchaufzeichnungen berichtet der Autor in Buch „In Stahlgewittern“ in 20 Kapiteln über seine Kriegserlebnisse an der Westfront vom Dezember 1914 bis zum 22. September 1918, an dem ihm die Auszeichnung „Pour le Mérite“ verliehen wird.

Dabei gelangt er zu einer von der Tagebuchform abgelösten Darstellung, die Vorverweise auf künftiges Geschehen – wie auf den baldigen Tod von Kameraden – bringt. Charakteristisch für Ernst Jünger ist seine Einstellung zum Kampfgeschehen: Ohne jede Wertung, ohne den Versuch einer politischen Reflexion wird von Verwundung und Tod einzelner wie von grauenhaftem Massenmord gesprochen. Ernst Jünger gelingt eine poetische Stilisierung der ansonsten nüchtern distanzierter Berichtform sowie der Bejahung auch des grausigsten Kampferebens und des durch den Krieg bis ins Heroische und Rauschhafte gesteigerten Selbstwert- und Existenzbewusstseins. Es ist ein Angriff auf die Idee des zivilen Lebens selbst; dieses wird wegen der von ihm gepflegten Idee der Sicherheit als schal und materialistisch angeprangert. „Lebt gefährlich!“ ist sein Gebot; „die Sache, um derentwillen ihr diesem Gebot folgt, ist von sekundärer Bedeutung“. „Auf den guten Kampf kommt es an, nicht auf die ‚gute Sache‘. Nicht wofür wir kämpfen ist das Wesentliche, sondern wie wir kämpfen.“ Das schreibt Ernst Jünger im „Der Kampf als inneres Erlebnis“. Wir finden dieses Argument bereits bei Hegel: „Im Frieden“, so schreibt er in „Philosophie des Rechts“, § 324, „dehnt sich das bürgerliche Leben mehr aus, alle Sphären hausen sich ein, und es ist auf die Länge ein Versumpfen der Menschen...“

Die intensive Schilderung erzielt eine bedrängende Wirkung durch die Anschaulichkeit und sachliche Distanz des Erzählens ebenso wie durch die unreflektierte Hinnahme des Massensterbens und Tötenmüssens als eine – allenfalls bedauerliche – Notwendigkeit.

1927 hat Ernst Jünger das Angebot der Nazis eines Reichstagsmandats mit der Bemerkung abgelehnt: Das Schreiben eines Verses sei „allemaal verdienstvoller als sechzigtausend Trottel im Parlament zu vertreten“. Nicht Hitlers faschistische Politik hat Jünger abgeschreckt, sondern das legale „Parlamentieren“. Nach 1934 wandte sich Jünger eher aus einer Art aristokratischem Snobismus denn aus politischer Überzeugung von der Politik der Nationalsozialisten ab und zog sich in die – so genannte – „innere Emigration“ zurück. Dieser Ausdruck bezieht sich auf eine Strategie, die von vielen Intellektuellen während der Naziherrschaft praktiziert wurde. Diese behaupteten später, sie hätten in Opposition zum Regime gestanden, aber ihre Gegnerschaft getarnt, indem sie sich unpolitischen Tätigkeiten widmeten oder versteckte Kritik übten, die man zwischen den Zeilen scheinbar harmloser Texte hätte lesen können. Einige von ihnen, die in Deutschland „ausgeharrt“ haben, behaupteten später, dass es „schwerer“ gewesen sei, „sich hier seine Persönlichkeit zu bewahren als von drüben Botschaften an das deutsche Volk zu senden“. Nach eigener Beschreibung betrachtete Ernst Jünger von einem „erhöhten Standpunkt“ aus, „wie sich die Wanzen gegenseitig auffressen“.

Unmittelbar nach dem Krieg beschuldigte Thomas Mann die inneren Emigranten, abtrünnige Trittbrettfahrer gewesen zu sein, deren unterschiedliche kulturelle Aktivitäten dem Regime lediglich eine gewisse Respektabilität verschafft hätten. So beschrieb er die „innere Emigration“ Ernst Jüngers: Nachdem Jünger durch sein „Säbelrasseln“ zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen habe, zöge er sich nun in die Abgeschiedenheit zurück, als er entdeckte, wie unerfreulich die Ergebnisse waren. In einem Brief an einen anderen Literaten stellt Thomas Mann dazu fest: „Jünger verleiht nun seiner Verachtung für die Folterer und ihre Spießgesellen Ausdruck, aber er selbst zog einigen das Fell über die Ohren und suhlte sich mit Vergnügen in Unmenschlichkeit“.

Jüngers Antwort auf Manns Kritik zeigte die Unbelehrbarkeit jener reaktionären Intellektuellen: „Thomas Mann packte einfach die Koffer und setzte sich ab. ... Er hat die Tragödie seines Volkes nicht geteilt. Wie könnte er hoffen, nach alldem einen Widerhall im Volk zu finden?“ Diese Haltung veranlassete im Jahr 1946 Thomas Mann wiederum zu einer für seine Verhältnisse heftigen Reaktion. Kurzerhand sprach er der Literatur der „Inneren Emigration“ das moralische Recht ab, sich als „Widerstandsliteratur“ zu begreifen: „Es mag Abergläubigkeit sein, aber in meinen Augen sind Bücher, die von 1933 bis 1945 in Deutschland überhaupt gedruckt werden konnten, weniger als wertlos und nicht gut in die Hand zu nehmen. Ein Geruch von Blut und Schande haftet ihnen an. Sie sollten alle eingestampft werden.“

Quellen: KLAUS EHLERT und andere: „Deutsche Literaturgeschichte; von den Anfängen bis zur Gegenwart“; Stuttgart und Weimar 2008. VOLKER VON AUE und andere: „Eine Neue Geschichte der deutschen Literatur“, Berlin 2004

Die Rede vom „christlichen Menschenbild“ – Herkunft, Wandlung und politische Funktion

Eine Skizze als Bericht von der Erfurter Sommerschule 2019. Von Karl-Helmut Lechner, Norderstedt

Auf der Suche nach Orientierung und Anleitung zum eigenen korrekten ethischen Handeln spielt bis heute hin der Bezug auf das biblische Reden von der „Gottesebenbildlichkeit“ eine große Rolle. Und das nicht nur im Kontext von Kirchen und Parteien wie CDU/CSU. Welches Menschenbild soll gelten? Viele Antworten, die religiös, philosophisch oder politisch auf diese Frage gegeben wurden, beziehen sich auf die biblisch christliche Tradition. Hier hat die öffentliche Rede vom „christlichen Menschenbild“ ihren Ursprung. Es war daher nötig, in der Sitzung der Erfurter Sommerschule 2019 einen etwas langwierigen historischen Trip durch drei Jahrtausende anzutreten, um uns eine Vorstellung davon zu erarbeiten, wie unterschiedlich Menschen in den vergangenen Jahrhunderten sich auf diese „Quelle“ ihrer Erkenntnis berufen, um sie für sich nutzbar zu machen.

Dabei musste m.E. methodisch gelten: Die antiken Schriften, gerade auch die biblischen Schriften, lesen wir konsequent historisch. Wir lesen und versuchen sie zu deuten aus ihrer politischen, sozialen und geistesgeschichtlichen Entstehungssituation. Wir lesen die biblischen Schriften nicht wie Traktate von heutigen Theologieprofessoren. Diese suchen in der Regel Texten den sogenannten „Lehrbegriff“, das „theologische System“ ihres Verfassers zu entnehmen oder betrachten sie als Bausteine theologischer Systeme, die sie dann für sich konfessionell einordnen.

Wir untersuchten in Erfurt daher gerade die biblischen Texte als Teil spätantiker Religionsgeschichte. Sie sind entstanden in einem bestimmten historischen Zusammenhang, sie hatten ihre Wirkung auf die damalige gesellschaftliche Entwicklung, die von einer Vielzahl von Interessen bestimmt war, die sich manches Mal überschneiden oder schroff gegenüberstanden. Unsere Methodik unterstellt, dass die Verfasser der antiken Schriften selbst nicht Beobachter, sondern Exponenten religiöser und damit sozialer Bewegungen waren. Nach dem Geflecht damaliger unterschiedlicher Interessen ist sozialgeschichtlich zu fragen. Ihre jeweilige Wirkungsgeschichte und wie damalige Aussagen heute quasi als Steinbruch eigener Ideen und Anschauungen eingesetzt werden, ist ein weiterer Arbeitsgang.

Die Geschichte des „christlichen Menschenbildes“ wird uns zeigen, es gibt auch hier keine ewige Wahrheit, Dogmatik oder Regel. Wir werden sehen: Was die Menschen in den vielen Jahrhunderten und in ihrer jeweiligen geschichtlichen Situationen bewusst oder unbewusst in diese Begrifflichkeit an Wertvorstellungen hineingelegt haben, das holten sie in ihrer je eigenen Interpretation und Darstellung hinterher wieder heraus und nennen ihre Lesart und Auffassung die gültige Erklärung und Definition. Hat man zum Beispiel mit *Aristoteles* den Vollbürger einer griechischen Polis des 3. Jahrhunderts v. u. Z. im Auge, wenn man vom Menschen spricht, dann gilt „von Natur“ her für den Sklaven etwas anderes als für jenen griechischen Bürger, der das politische Modell einer Demokratie erfunden hat. Geht man davon aus, die Frau sei aufs Gehorchen hin angelegt, nur dem Manne stehe es zu, Entscheidungen zu fällen, dann werden die „Herren der Schöpfung“ Gleichberechtigung in der Ehe und Emanzipation aus Naturrechtsgründen mit bestem Gewissen und fundierter biblischer Begründung ablehnen. Für jede Variante gibt es seit Erfindung der Schrift Belege.

Die Urgeschichte der hebräischen Bibel

Nach den beiden biblischen Urgeschichten in den ersten zwei Kapiteln der GENESIS sind die Menschen als Bild Gottes geschaffen. Das gilt für beide Geschlechter. Im Hintergrund von

GENESIS 1,26 bis 28 steht die Vorstellung der viel älteren altorientalischen Königstheologie: „Und Gott sprach: Lasset uns Menschen machen, ein Bild, das uns gleich sei ...“ In der hebräischen Bibel bezeichnet (*ādām*) sowohl kollektiv die Menschheit, als auch individuell den Menschen und wird schließlich zum Eigennamen „Adam“ (Genesis 1–11).

GENESIS 5,1 f: „Dies ist das Buch von Adams Geschlecht. Als Gott den Menschen schuf, machte er ihn nach dem Bilde Gottes und schuf sie als Mann und Frau und segnete sie und gab ihnen den Namen »Mensch« zur Zeit, da sie geschaffen wurden.“

Der priesterschriftliche Schöpfungsbericht, wohl niedergeschrieben in der Zeit von 587 bis 539 v.u.Z., kommentiert dies mit den Worten in GENESIS 1,1ff: „Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde, zum Bilde Gottes schuf er ihn“. Das Ebenbild Gottes hier als physische Ähnlichkeit und als Aufgabe an den Menschen, die Erde zu regieren: „Macht euch die Erde untertan“.

Die ältere, stärker anthropozentrisch gestaltete jahwistische Schöpfungsgeschichte, niedergeschrieben in der Zeit ca. 950 v.u.Z., bietet, eine andere Wiedergabe der Anfänge. GENESIS 2,4–3,24 schildert die Schöpfung in umgekehrter Reihenfolge von Menschen und Tieren und beschreibt die Herkunft der Frau aus der Rippe des Mannes. Mann und Frau werden damit betreut, den Acker zu bebauen, der ihren Ursprung und ihre Bestimmung darstellt.

„Was ist der Mensch?“ Diese Frage haben sich die Menschen bereits zur Zeit der Aufzeichnung biblischer Texte vor zweieinhalbtausend Jahren gestellt. Der Verfasser des 8. PSALMS gibt die Antwort: „Du hast ihn zum Herrn gemacht über deiner Hände Werk!“ Er reflektiert dies in seiner Theologie mit diesen Worten: PSALM 8,5-9: „was ist der Mensch, dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst? Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt. Du hast ihn zum Herrn gemacht über deiner Hände Werk, alles hast du unter seine Füße getan: Schafe und Rinder allzumal, dazu auch die wilden Tiere, die Vögel unter dem Himmel und die Fische im Meer und alles, was die Meere durchzieht.“

Würdeprädikate – die hebräische Bibel spricht von „Ehre und Herrlichkeit“ – werden auf „den Menschen“ übertragen. Der Mensch, im Unterschied zu anderen altorientalischen Texten außerhalb Israels, wird nicht als „Untertan“ angesprochen.

Lesen wir diese Texte, ist nachvollziehbar, dass im Anschluss an GENESIS 1,26 bis 28 und PSALMS 8 heutige Theologen davon reden, dass die hebräische Bibel von „Menschenwürde“ spricht. Allerdings wird die Menschenwürde biblisch nicht, wie später in den philosophischen Traditionen von der Stoa bis zu Kant, mit der Vernunftbegabtheit und daraus abgeleiteten Autonomie des Menschengeschlechts im Gegensatz zur Tierwelt begründet. Denn sie ist von der Gottheit verliehen, dem Menschen übertragen. Der Mensch ist gerade nicht autonom, er ist, biblisch gesprochen, „Geschöpf“.

Als von Gott Beauftragte herrschen die Menschen mit Gottes Segen über die Welt. Dafür sind sie Gott verantwortlich. Zur Erfüllung ihres Auftrags sind die Menschen erkenntnisfähig und frei erschaffen, können sich somit auch gegen Gottes Willen entscheiden. Und das tun sie ja auch sogleich. Die Geschichte vom Sündenfall Evas und Adams – sie wird ja eingeleitet mit dem lockenden Versprechen der Schlange: „Ihr werdet sein wie Gott und wissen was gut und böse ist ...“ – zeigt diesen entschlossenen, neugierigen, vielleicht sogar rebellischen Menschen.



Baldung Grien, Hans (ca. 1485 bis 1545) : „Eva, die Schlange und der Tod als Adam“; ca. 1525

Das aber ist nach biblischem Verständnis die Ursünde des Menschen schlechthin. Hierin liegt der Grund für seine Sterblichkeit und seinen Tod: „Denn du bist Erde und sollst zu Erde werden.“ Die Geschichte von der Sintflut, als es „Gott gereute“, daß er die Menschen gemacht hatte, weil „alles Dichten und Trachten ihres Herzens nur böse war“, zeigt von nun an in der Bibel den Menschen als stets irrenden und sündigen Versager, aber als einen, der sich gegen Gott vergeht, der sich immer wieder in allen nur denkbaren politischen wie persönlichen Lebenslagen – trotz aller Segnungen und göttlicher Verheißungen – gegen ihn entscheidet. Im Bund mit Noah, der mit seiner Arche für das Überleben von Mensch und Tier gesorgt

hatte, erneuert diese Gottheit der Menschheit gegenüber seine Zusage: „... füllet die Erde. Furcht und Schrecken vor euch sei über allen Tieren auf Erden ... in eure Hände seien sie gegeben.“ Der Mensch ist nach Gottes Wille Herrscher über die Natur. Er bleibt aber immer Sünder und im Widerspruch zu Gott, er versagt. Um es mit Paulus zu formulieren: „Das Gute, das ich will, das tue ich nicht; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich.“ (RÖMERBRIEF 7, 19)

Die gesamte christliche Sünden- und Sühne-Theologie mit ihrer Aussage, dass der Tod des Jesus von Nazareth am Kreuz ein Opfer für die Sünden der Menschheit sei, um die Gottheit zu versöhnen, basiert auf diesen Kernaussagen der hebräischen Bibel. Bei dem Apostel Paulus liest sich das dann so im Römerbrief 5, 12 „... wie durch einen Menschen die Sünde in die Welt gekommen ist und der Tod durch die Sünde, so ist der Tod zu allen Menschen durchgedrungen, weil sie alle gesündigt haben... so ist auch durch die Gerechtigkeit des Einen für alle Menschen die Rechtfertigung gekommen, die zum Leben führt.“

„Bergpredigt“ und „Goldene Regel“

Religion begründet in der menschlichen Lebenswirklichkeit eine Haltung und Motivation zum Handeln. Regeln und Gebote ermöglichen das Zusammenleben. Während der Zeit des Auszuges aus Ägypten, so berichtet die biblische Geschichte weiter, erhält Mose in der Wüste am Berg Sinai von Gott die „Zehn Gebote“. Die sogenannte „Erste Tafel“ definiert das Verhältnis des Menschen zu Gott. Die „Zweite Tafel“ begründet die Konsequenzen für das Handeln des Menschen.

Diese sechs Gebote lauten (EXODUS 20, 1 – 17):

- Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren, auf dass du lange lebest in dem Lande, das dir der HERR, dein Gott, geben wird.
- Du sollst nicht töten.
- Du sollst nicht ehebrechen.
- Du sollst nicht stehlen.
- Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten.
- Du sollst nicht begehren deines Nächsten Haus. Du sollst nicht begehren deines Nächsten Frau, Knecht, Magd, Rind, Esel noch alles, was dein Nächster hat.

Einige Jahrhunderte später verschärft der Wanderprediger Jesus von Nazareth in seiner „Bergpredigt“ diese Gebote: Er radikalisiert die Tora, das mosaische Gesetz, in der Gewissheit, dass das Ende der Welt und damit das Gericht Gottes über diese

Welt unmittelbar nahe herbeigekommen sei.

LUKAS 6, 27 ff: „Aber ich sage euch, die ihr zuhört: Liebt eure Feinde; tut wohl denen, die euch hassen; segnet, die euch verfluchen; bittet für die, die euch beleidigen. Und wer dich auf die eine Backe schlägt, dem biete die andere auch dar; und wer dir den Mantel nimmt, dem verweigere auch den Rock nicht. Wer dich bittet, dem gib; und wer dir das Deine nimmt, von dem fordere es nicht zurück. Aber ich sage euch, die ihr zuhört: Liebt eure Feinde; tut wohl denen, die euch hassen“

Da religiöse Menschen und auch Theologen zumeist mindestens mit einem Bein in der Wirklichkeit stehen, war bereits den Verfassern der Evangelien klar, dass kein Mensch, keine Gruppe, schon gar nicht eine Kirche nach diesen rigiden Forderungen der „Bergpredigt“ leben, geschweige denn eine Gesellschaft organisieren kann. Ohnehin wurde den frühen Christen bald klar: das Ende der Welt war ausgeblieben. In seiner redaktionellen Arbeit fasst der Evangelist LUKAS mit der „Goldenen Regel“ das in der Bergpredigt (vgl. LUKAS 6,21) rigide ausgelegte Mosaische Gesetz scheinbar zusammen: „Und was ihr wollt, dass euch die Leute tun sollen, so tut ihnen auch!“ Und MATTHÄUS 7,12 ergänzt für diejenigen, die die ursprüngliche Jesus-Überlieferung noch im Ohr haben: „Denn das ist das ganze Gesetz und die Propheten.“ In Wirklichkeit aber bricht er mit der „Goldenen Regel“ die endzeitliche Radikalität der Predigt des am Kreuz gescheiterten Messias.

Übergang in den Hellenismus

Nach der großen Katastrophe der Hinrichtung des JESUS VON NAZARETH und der Zerstörung des Jerusalemer Tempels durch die Römer 70 n. u. Z. wenige Jahrzehnte später, beginnt die Hellenisierung des Christentums. Sie ist verbunden mit der sprachlichen Transformation aus dem hebräischen in den hellenistischen, griechischen Bereich:

Das hebräische personale Sprechen Gottes, der mit seinem „Wort“ das Licht schafft, wird zur hellenistischen philosophischen Terminologie: Das Wort (dābār) wird zu „Logos“: „Und Gott sprach: Es werde Licht – und es ward Licht!“ Evangelium nach Johannes 1,1: „Im Anfang war das Wort ...“. Die Grundaussagen des Neuen Testaments über das Gesetz Gottes werden in der Alten Kirche aufgegriffen und kombiniert mit Auffassungen vom Naturrecht bei PLATO, ARISTOTELES und besonders der STOA. Eindrucksvoll die Erzählung in der APOSTELGESCHICHTE Kapitel 17, als PAULUS in Athen zu den Philosophen auf der Agora spricht: „Nun verkündige ich euch diesen Gott, den ihr unwissend verehrt“. RÖMERBRIEF 2, 13 f schreibt er „... vor Gott sind nicht gerecht, die das Gesetz hören, sondern die das Gesetz tun ... Denn wenn Heiden, die das Gesetz nicht haben, doch von Natur tun, was das Gesetz fordert, so sind sie, obwohl sie das Gesetz nicht haben, sich selbst Gesetz. Sie beweisen damit, dass in ihr Herz geschrieben ist, was das Gesetz fordert, zumal ihr Gewissen es ihnen bezeugt ...“

Das Naturrecht gilt der griechischen Philosophie als Inbegriff derjenigen Rechtsnormen, die höherwertig als alle positiven Gesetze und von Menschen gemachte Konventionen sind und daher unbedingte Verbindlichkeit beanspruchen. Sein Ursprung liegt in der Unterscheidung von Natur und von Menschen gemachtem Gesetz, die von der SOPHISTIK des 5. Jh. v. u. Z. formuliert wird, um die überkommenen positiven Gesetze in Frage zu stellen. So behaupten sie, in Kritik an den bestehenden Verhältnissen, ein Mensch sei nicht „von Natur aus“ Sklave. Er werde durch willkürliches Gesetz dazu gemacht.

AUGUSTINUS (354 – 430): Das frühe Christentum war von der Stoa philosophisch beeinflusst. Es führte das kosmische Naturrecht auf den Schöpfergott, den Demiurgen, zurück. Nach AUGUSTIN stehen hinter der natürlichen Ordnung Gottes seine Vernunft und sein Wille als ewiges Gesetz. Das sittliche Naturrecht spiegelt sich wider in der menschlichen Vernunft, und ist

dem Menschen einsichtig, so wie es inhaltlich im Dekalog oder der „Goldenen Regel“ formuliert ist.

Thomas von Aquin – Martin Luther – Immanuel Kant

THOMAS VON AQUIN (1225–1274) ist ein großer theologischer Systematiker und theoretischer Begründer von Herrschaft. Das göttliche „Ewige Gesetz“ (lex aeterna) verbindet er mit dem Naturgesetz (lex naturae) hin zum aktuell gültigen positiven Gesetz und Recht. Damit schafft er Kaiser und Papst die theoretische Grundlage für deren positives, aktuell gültiges Recht, ihren Machtanspruch und Herrschaft. Diese Naturordnung erkennt der Mensch durch Teilhabe am ewigen göttlichen Gesetz. Denn kraft seiner Gottesebenbildlichkeit kann der Mensch zwischen Gut und Böse unterscheiden. Es ist das Gebot der Vernunft, die bestehende päpstliche und kaiserliche Herrschaft und die damit verbundenen sozialen Hierarchien anzuerkennen.

MARTIN LUTHER (1483–1546): Die lutherische „Zwei-Reiche-Lehre“ förderte die neuzeitliche Enttheologisierung des Naturrechts. Das Naturrecht wird säkular; es gehört zum Reich der Welt. Bis hin zur von orthodoxen Lutheranern postulierten Eigengesetzlichkeit des Reiches der Welt, wo es nur Über- und Unterordnung gibt und die Obrigkeit mit dem Schwert dem Chaos Einhalt gebietet.

In der Neuzeit verliert das Naturrecht seinen Begründungszusammenhang mit der Theologie: Statt Einsicht in die Naturordnung des Schöpferwillens, ist jetzt Wille und Einsicht des Individuums der Ausgangspunkt.

IMMANUEL KANT (1724–1804): Philosophischer Höhepunkt des neuzeitlichen Naturrechts war KANT. Ihm zufolge ist die Erkenntnis des Naturrechts nicht Gegenstand der menschlichen Erfahrung, sie liegt allein in der praktischen Vernunft begründet. Das Naturrecht gilt a priori. KANT begründet in „Metaphysik der Sitten. Rechtslehre“, 1798, das Naturrecht aus der Idee autonomer Vernunft. Daher können Normen nicht aus empirischen Tatsachen, sondern nur a priori aus der Vernunft abgeleitet werden. Rechtspflichten – das unterscheidet sie von moralischen Pflichten – betreffen nicht die moralische Einstellung des Einzelnen. Sie betreffen nur seine äußere Handlung. Auf diesen Aspekt beschränkt sich die Möglichkeit, andere rechtlich und vertraglich zu verpflichten. Denn Moral und Recht sind getrennte Bereiche. Das Modell einer republikanischen Verfassung, die nach dem Vorbild J.-J. ROUSSEAUS einen allgemeinen vereinigten Volkswillen konstituiert, ist eine Konsequenz des naturrechtlichen Denkens von KANT. Damit steht für ihn fest: Moral beruht auf Autonomie, der „Selbstgesetzgebung eines Willens“, der nicht durch verschiedene sinnliche Reize fremdbestimmt stimuliert wird, sondern aus sich selbst, aus reiner Vernunft praktisch wird. Im moralischen Wollen gibt sich – nach KANT – die reine Vernunft das Gesetz des Handelns selbst und übt es als rationaler Wille zugleich praktisch aus. Während die Moral „unumgänglich zur Religion“ führt, ist diese nichts anderes als „Gewissenhaftigkeit“: „Diese zu haben wird nicht der Begriff von Gott noch weniger das Postulat: ‚es ist ein Gott‘ gefordert“.

Menschenrechte

MENSCHENRECHTE IM 18. JAHRHUNDERT: Die im 18. Jh. in Europa und Nordamerika aufgekommene Idee allgemeiner und unveräußerlicher Menschenrechte hat eine ihrer vielen Wurzeln in der biblischen Aussage von der Gottesebenbildlichkeit des Menschen. Sie gehört damit unstrittig zur Genealogie der neuzeitlichen Vorstellung von Menschenrechten.

Entscheidendes Bindeglied ist die Vorstellung, dass dem Menschen aufgrund der Gottesebenbildlichkeit eine unveräußerliche Würde zukommt; auf ihr wiederum beruhen die unveräußerlichen Rechte. In diesem Sinn spricht die Präambel der ALLGEMEINEN ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE durch die Generalversammlung der VEREINTEN NATIONEN von 1948 im ersten Satz von der »Anerkennung der angeborenen Würde ... und unveräußerlichen Rechte aller Mitglieder der Gemeinschaft der Menschen«. Artikel 1 der Erklärung nennt Würde und Rechte in einem Atem: »Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren«.

Allerdings: Wenn man den Text der biblischen Schöpfungsgeschichte von GENESIS 1,26f als „Menschenwürde“ genau liest, so stellen wir fest: Der Text spricht nicht von Rechten, die Menschen haben bzw. haben sollen. So konnte und kann dieser

Text allein den Weg nicht verhindern, der seit der Französischen Revolution immer wieder gegangen wird. Zum Beispiel, Frauen zwar gleiche Würde wie Männern zuzuerkennen, ihnen nicht aber gleiche Rechte zuzusprechen.

Man denke nur daran, wie nach den revolutionären Beschlüssen unter der Parole „LIBERTÉ, ÉGALITÉ, FRATERNITÉ“ den Großgrundbesitzern in der Nationalversammlung zu Paris siedeheiß einfiel, was das denn – zu Ende gedacht – für ihre schwarzen Sklaven auf den Plantagen bedeuten würde ... Eine neue Unterscheidung war in der Welt. Später explizit rassistisch begründet, welcher



Lippi, Filippino: „Triumph des heiligen Thomas von Aquin“
Rom, Santa Maria sopra Minerva; 1489-1493

„Art Mensch“ waren denn nun die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Kolonien?

Auch der PARLAMENTARISCHE RAT war 1949, als er das Grundgesetz der BRD beriet, mit dieser Thematik konfrontiert. Der Artikel 1 des Grundgesetzes der BRD spricht zunächst in einem ersten Absatz von der Würde und leitet daraus die Notwendigkeit von Rechten ab: »(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar... (2) Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten...«.

Es ist m.E. sehr bedenkenswert, was CARLO SCHMID, SPD, im September 1949, im Parlamentarischen Rat in der Beratung des Grundgesetzes zu Protokoll gab: „Nun ist Abs. 1 schon eine bedenkliche Sache. [...] Nicht zu allen Zeiten hat man an Rechte, die einem von Natur zustehen, so geglaubt, wie heute. Ich erinnere da an den Satz des erstaunlichen Burke, der im Gegenstoß gegen die Französische Revolution das Wort sagte, ‚von Natur aus‘ habe der Mensch überhaupt keine Rechte; was als konkrete Rechte der Menschen in Erscheinung trete, seien Dinge, die dem Menschen geschichtlich zugewachsen sind, Produkte von Dezierungen, Institutionen im Lauf seiner Geschichte. [...] wobei ich mir nicht versagen möchte, darauf hinzuweisen, daß die nazistische Rechtstheorie auch auf dem ‚Naturrecht‘ beruhte ... Naturrecht absolut zu setzen, ist eine gefährliche Sache. ... Wenn wir an dem Satz von dem naturgegebenen Recht festhalten, müssen wir uns darüber klar sein, daß wir damit jedermann freistellen, zu sagen, ‚Naturrecht, wie ich es auffasse.‘“

Für Euphorie, wenn sich jemand in der politischen Diskussion auf die „Gottesebenbildlichkeit“ oder etwas blasser auf das „Christliche Menschenbild“ beruft, sehe ich keinen Grund. Zur Erinnerung: es ist unvergessen, dass ausgerechnet die Geschichte vom „BARMHERZIGEN SAMARITER“ im LUKASEVANGELIUM Kapitel 10,25 ff eine der Lieblingsgeschichten der DEUTSCHEN CHRISTEN während der Nazi-Zeit war. Heißt es nicht im Brief des PAULUS an die GALATER Kapitel 6 dazu ganz schlüssig: „Lasst uns Gutes tun an jedermann, am meisten an den Glaubensgenossen.“?

Uns hat bei der ausführlichen Diskussion dieses Dokuments die Fragestellung interessiert, wie die CSU in ihrer eigenen Parteilogik, bei sich selbst, ihre Kehrtwende begründet und zwar: vom Brückenbauer zur Abwendung von der AfD. Die CSU hat jahrzehntelange eine Tradition der Verbindungswege nach rechts außen gepflegt. Das belegen exemplarisch Äußerungen von Politikern wie Strauß: „Mit Hilfstruppen darf man nicht zimperlich sein.“ Oder Stoiber, der das Unwort „durchrasste Gesellschaft“ in Umlauf setzte. Oder jüngst noch Dobrindt mit seiner Sehnsucht nach der „Konservativen Revolution“. Mittlerweile hat die CSU die Auseinandersetzung mit der AfD zwecks Abgrenzung zu deren Weltanschauung und politischen Strategien aufgenommen. Dazu hat sie eine politische Deutung des „christlichen Menschenbildes“ adaptiert, die ihr sowohl fortgesetzte Propaganda der „Leitkultur“ ermöglicht wie eben auch die Auseinandersetzung mit der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit der Rechtsextremen und Identitären.

Wie müssen diese Vorgänge bei der CSU bewertet und gedeutet werden? In der Sommerschule wurde dafür der Tagungsbericht der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung vorgelegt. Dort werden die Unterschiede im Weltbild, worauf sich die CSU bzw. die Wissenschaftler im CSU-Umfeld berufen, zu dem der Identitären (deren Thesen wir im Kurs auf der Sommerschule gerade behandelt hatten) durch Bezug auf den zentralen Topos der Menschenwürde markiert.

Im Folgenden geben wir einige Gesichtspunkte dieses Tagungsberichtes wieder, wobei wir uns im Klaren sind, dass es sich um eine fragile Angelegenheit handelt. Dennoch kann festgehalten werden, dass für die CSU aufgrund der auf dieser Tagung dargelegten Grundsätze und deren Diskussion der Bruch mit den oben festgestellten Positionen möglich wurde:

- Menschenwürde steht im Gegensatz zur Leitschnur Herkunft und Richtung.
- Die Kirchen selbst hätten die Bedeutung des christlichen Menschenbildes, der Menschenrechte und der Religionsfreiheit erst nach großen Konflikten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts anerkannt.
- Aus der Gottesebenbildlichkeit folgt die Unantastbarkeit der Würde. Daraus ergibt sich die Personalität jedes einzelnen, die sich in den Menschenrechten konkretisiert.
- Menschen sind Beziehungswesen, und zwar als Einheit des materiellen und des spirituellen Wesens: sozial, gesellschaftlich und transzendental.
- Die Universalität der Menschenwürde gilt auch für Nichtchristen. Als Beispiel Kants kategorischer Imperativ: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“
- Grundlegende Wertschätzung der anderen Person.
- Wertschätzung der Vielfalt: Gerade diese Vielfalt macht die Kraft des Christlichen aus. Lange sei der globale Anspruch christlicher Theologie und Ethik als Verabsolutierung des Europäischen missverstanden worden.
- Humanität brauche Distanz gegenüber dem Bild des perfekten Menschen. Christlich verstandene Individualität zeige sich gerade im Nichtperfekten, auch Menschen mit Behinderung oder in Armut, Knechtschaft oder Schuld verlören nichts von ihrer Würde.
- Der Mensch ist auf Vergebung angewiesen.

* Quelle: Dr. Philipp W. Hildmann, Tagungsbericht. CHRISTLICHES MENSCHENBILD UND ABENDLÄNDISCHE KULTUR. Kampfbegriffe oder kulturelle Grundlage? Expertentagung der Hanns-Seidel-Stiftung am 11. März 2016. Datei eingestellt am 23. 3. 2016 unter www.hss.de/media/downloads/Berichte/110323_TB_Menschenbild.pdf

Bezugspunkte der Emanzipationsbewegungen

Berichterstattung: Rolf Gehring, Brüssel

Kritik an Diskriminierung und Verletzungen der Menschenwürde öffnen in rechtlich geordneten und die Gleichheit proklamierenden Demokratien Räume der Lebensgestaltung, des Zusammenlebens der Geschlechter, der Generationenfolge und der Teilhabe am politischen und sozialen Leben. Sie erlangen gesellschaftliche Anerkennung durch Bildung von Interessenskoalitionen, Anspruchsbildung in den öffentlichen Raum hinein und wirken elementar durch Wahlen und Abstimmungen in den politischen und Rechtsraum.

Demgegenüber blendet die hierarchisch gegliederte Welt der Arbeit diese Kritiken aus: so kann zum Beispiel die Tatsache der Über- und Unterordnung, wenn die Disparität bei der Besetzung von leitenden Stellen umstritten ist, weitgehend außer Acht bleiben. Die exklusive Entscheidung über alle wesentlichen die Produktion betreffenden Entscheidungen ist historisch, und rechtlich abgesichert, den Eignern zugeordnet. Die hierarchische Organisation der Arbeit bleibt auch in den reifen Industriegesellschaften eine beständig strömende Quelle für Ungleichheit im Arbeitsprozess und wirkt in alle Bereiche des sozialen Lebens zurück.

Das politische Leitbild der Emanzipation ermöglicht die Ausweitung der Kritik auf den Bereich des Wirtschaftens. Quantitativ, indem eingefordert wird, dass das Arbeitsleben nicht alle Kraft des arbeitenden Menschen beanspruchen darf, sondern Zeit und Mittel für selbstbestimmte Lebensgestaltung übriglassen bzw. gewährleisten muss. Qualitativ, weil aus Erfordernissen des Arbeitsprozesses und der Produktivität informelle und formelle Formen von Kooperation, Kollegialität und – zur Leitung hin – Anforderungen an Partizipation entstehen.

Während das Leitbild der Emanzipation – soweit es mit Blick auf die Politik und Regelungen des Zusammenlebens der Geschlechter und Generationen entwickelt wurde – im Rechtsraum der Nation und den damit verbundenen sozialen Praktiken exklusiv gedacht werden kann, drängt es, sobald das Arbeitsleben einbezogen wird, auch zu internationalen Normen und bietet einen Ansatz zur Kooperation über Ländergrenzen hinweg, zur Verständigung über allgemeingültige Normen und zur Völkerverständigung.

Diesem Gedankengang sind wir in der Sommerschule 2019 anhand einer Reihe von wirkmächtigen Texten nachgegangen, von denen folgend einige vorgestellt und eingeordnet werden.

Mit der **Erklärung der Menschenrechte in der französischen Revolution werden 1789**, wie schon in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die der französischen



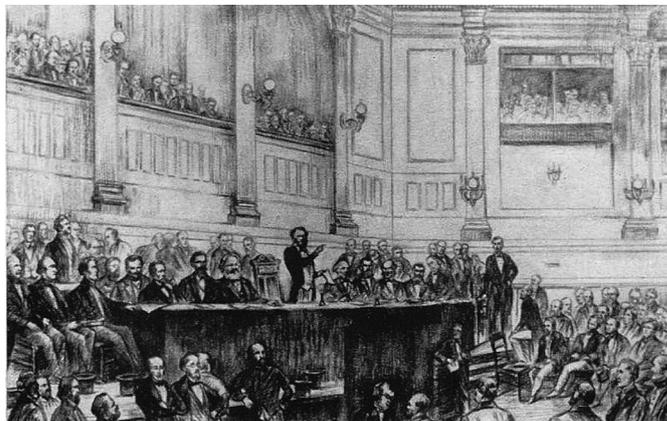
26. August 1789. Erklärung der Menschen und Bürgerrechte. https://de.wikipedia.org/wiki/Erklärung_der_Menschen-_und_Bürgerrechte

Erklärung Pate stand, die Menschenrechte als Individualrechte ausformuliert. Meinungsfreiheit und öffentliche Debatte sind vorgesehen, die Einschränkung der Freiheitsrechte nur durch Gesetz möglich. Die Pluralität religiöser und weltanschaulicher Sichtweisen wird somit als Datum angesehen.

Es werden Rechtsgrundsätze formuliert, die bis heute Bestand haben, die für demokratische Gemeinwesen als konstitutiv betrachtet werden können und Bezugspunkte für Bewegungen gegen Diskriminierung, Ausgrenzung oder Exklusion bieten. Dazu gehören die gemeinsame Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, Gewaltenteilung, die Rechenschaftspflicht der öffentlichen Einrichtungen oder die Unschuldsvermutung. Gleichwohl, Frauen oder Besitzlose und andere Gruppen sind von diesen Errungenschaften ausgeschlossen. Bereits 1791 fordert Olympe de Gouges die volle rechtliche, soziale und politische Gleichstellung der Frauen – der Weg bleibt weit. Gleichwohl entfaltet das Dokument Wirkung in Richtung vertragliche Gestaltung der sozialen Welt und gibt emanzipatorischen Bewegungen Raum.

Die sich schwungvoll entwickelnde Arbeiter- und sozialistische Bewegung rückt den kapitalistischen Verwertungsprozess und die entfremdete Lohnarbeit in den Fokus der Emanzipation. Die **Internationale Arbeiter-Assoziation hat ihren 1866 auf der Genfer Konferenz angenommenen Statuten** eine Mission vorangestellt. Die Bewegung drängt auf eine „Zusammenfassung der noch zusammenhanglosen Bewegung“ und sieht die Möglichkeit der Emanzipation der Arbeiterklasse nur als international denkbar. Die Kritik an unwürdigsten Bedingungen im Fabrikleben, das Aussaugen der Lebensgeister von Kindern und der Ausschluss der Arbeitenden von allen Fragen der Gestaltung verbindet sich in dem Dokument allerdings mit einem missionarischen Ton bezüglich der der Arbeiterklasse zugedachten historischen Rolle.

Der Text liest sich in Teilen wie ein religiös formuliertes Bekenntnis. Und das im Text vertretene Menschenbild: die Charakterisierung des Arbeiters als elendes, geistig verkümmertes und politisch abhängiges Wesen, setzt eine Sicht fort, wie sie



Gründungskongreß der 1. Internationale.

Gefunden beim Institut für Syndikalismusforschung (SYFO): https://syndikalismusforschung.files.wordpress.com/2015/06/1_internationale_quellen_im_internet.pdf

noch bei Kant (siehe auch unten) zu finden war, der nicht imstande war, Frauen unter die Mündigen zu zählen, was aber eigentlich schon nicht mehr dem Stand der Aufklärung entsprach. Die monokausale Deutung der Produktionsverhältnisse lässt keinen Raum mehr für Ambiguitäten im Arbeitsprozess, für eigene Handlungsspielräume und für Verantwortlichkeit. Aufgeklärte Menschen, wie sie Kant noch im Handwerker gesehen hat, kommen nicht mehr vor, nur „hands“, Anhängsel der Maschine. In seiner Perspektive geht der Text von einer Homogenität und Geschlossenheit der Arbeiterklasse aus, die allerdings schon damals nicht bestand. Parallel findet ja schon die Gründung von katholischen Parteien statt, die teils Anziehungspunkte für Arbeiter werden. Es entstehen in Europa christliche Gewerkschaften mit großem Einfluss. Es entsteht eine praktische Genossenschaftsbewegung in unterschiedlichsten Gewerken und Wirtschaftssektoren, die auf Selbständigkeit beruht und davon ausgeht, die Produktion selbständig zu organisieren.

Der erste große organisatorische Bruch in der sich formierenden Arbeiterbewegung findet 1872 statt und hat zum Kern

Anmerkungen zur Diskussion von Kants Schriften „Was ist Aufklärung“* bzw. „Die Metaphysik der Sitten“ (kurzer Auszug)** und zu John Rawls, Gerechtigkeit als Fairness, ein Neuentwurf.***

Berichterstattung MARTIN FOCHLER, München

Kants Antwort auf die Frage „Was ist Aufklärung“ ist wenigstens im deutschen Sprachraum weit berühmt und viel berufen. Sie formuliert das heute noch klingende Konzept des „mündigen Bürgers“, der die Freiheit hat, als Gelehrter zu publizieren bzw. als Teil des Publikums zu lesen. Unter der Bedingung solcher Freiheiten, Kant hat sie ersehnt, aber nicht erlebt, nennt Kant die Unmündigkeit des Menschen provokativ „selbstverschuldet“. Den Ausgang aus der Unmündigkeit kann der Einzelne nicht finden, es fehlen dazu, wie man heute sagen würde, die Ressourcen. So besteht die Gefahr, beim Aufbruch aus der Unmündigkeit bloß im Gefolge anderer Vormünder zu landen. Dieses Problem geht Kant so an: Wenn auch der Einzelne nicht in der Lage ist, sich zu allen Fragen ein bis auf den letzten Grund durchdachtes Urteil zu bilden, der Diskurs der „Leserwelt“ über eine gelehrte Darlegung, heute würden wir Expertenmeinung sagen, erlaubt dann eben doch ein mündiges, abwägendes und abgewogenes Urteilen jedes Einzelnen. Das kann natürlich nur funktionieren, wenn die Schreibenden verantwortlich und die Lesenden achtsam und kritisch verfahren. In diesen Belangen kennt Kant keine Nachsicht. Der Gedankengang hat auch heute noch vieles für sich, denn wenn auch die IT-Kommunikation neu ist, diese alten Regeln fürs Schreiben und Lesen wären immer noch hilfreich.

Kant schrieb allerdings an den drei großen, zu seiner Zeit

bereits am Horizont auftauchenden Emanzipationsbewegungen vorbei. Er sah für Alle, die in Anhängigkeit leben, sei es als Teilarbeiter im Lohnarbeitsprozess, sei es im Haushalt als Dienerschaft oder Gattin unter der Leitung des Haus- bzw. Eheherren, keine Chance zum unabhängigen Denken, und was er an vielen Stellen über „die Wilden“ schreibt, rechtfertigt den Kolonialismus nicht nur seiner Zeit.

In den folgenden beiden Jahrhunderten sollte sich aber zeigen, dass gerade die unmittelbare, alltägliche Auseinandersetzung mit gegebenen Abhängigkeiten eines Quellgebiets emanzipativer Kritiken und Praktiken ist. Entscheidend dafür war nicht zuletzt, dass aus der „Leserwelt“ der Eliten eine „Lesewelt“ für alle wurde.

Kant leitet die Fähigkeit zum selbständigen Urteilen aus der Freiheit ab, mit eigenen Sachen nach eigener Willkür, ohne Zuhilfenahme oder Einmischung Anderer zu verfahren. Das Problem der Abhängigkeit aller beamteten Staatsfunktionäre löst er mit Blick auf eine staatliche Ordnung, die ihre Funktionsträger nicht als Sklaven oder Leibeigene des Despoten behandelt, sondern ihnen rechtlich eingefriedete Zuständigkeiten und Ermessensspielräume schafft.

Die Definition ruft alle Selbständigen und die gehobene Beamtenerschaft zu Diskussion und Urteil über öffentliche Angelegenheiten auf, zweifellos eine Kampfansage gegen die

die Auseinandersetzung um die Frage der (politischen) Macht und der der Arbeiterklasse zugeschriebenen Rolle durch Selbstbefreiung alle zu befreien. Fruchtbare Auseinandersetzung unterschiedlicher Sichtweisen wird durch Kampf zweier Linien ersetzt, die Anarchisten schließlich ausgeschlossen. Aus ähnlichen Gründen wird schon früher eine Sektion der amerikanischen IAA ausgeschlossen. Vorwurf: Zu starker Einsatz für Frauenrechte, die Sektion verstehe sich nicht als Arbeiterorganisation.

Der ausschließliche Fokus auf die Arbeiterklasse blendet die schon vorhandene soziale Vielschichtigkeit der sozialen Welt aus. Dem vermeintlichen Hauptwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital werden alle anderen Aspekte und Praktiken des sozialen und politischen Lebens untergeordnet. Folglich enthält sich der Text jeder Betrachtung des politischen Feldes. Es gibt keine Sequenz zum allgemeinen Wahlrecht, es findet sich kein Bezug auf die unterschiedlich ausgeprägten politischen Konstellationen und staatlichen Strukturen in den vertretenen Ländern. Die Erringung der politischen Macht gilt als alleinige Voraussetzung der Umwälzung aller Verhältnisse.

Gleichwohl eröffnet die Idee der Emanzipation der Arbeiterklasse die Erweiterung des Blicks hin zur materiellen Produktion der Güter und Lebensumstände. Das Wirtschaftsleben gerät in den Blick und die Stellung der verschiedenen Klassen in diesem Prozess. Fremdbestimmte Arbeitsprozesse werden thematisiert und die Umwälzung der Produktionsverhältnisse soll auch die Revolutionierung der Arbeitsprozesse ermöglichen. Befreiung in der Arbeit wird dann ja ein leitendes Motiv für die emanzipatorischen Bewegungen.

Bereits im Mai 1947 gründet sich eine Europäische Einigungsbewegung, die sich zwar gegen überstaatliche Institutionen aber für eine Zusammenarbeit auf Regierungsebene ausspricht. 700 Politiker aus fast allen europäischen Ländern treffen sich, um über die Perspektiven einer europäischen Einigung (Europarat) zu beraten. Eine Menschenrechtskonvention soll die Grundlage einer künftigen Gemeinschaft bilden. Der Europarat, wird am 5. Mai 1949 von 10 Staaten in London gegründet.

Adelsprivilegien. Übrig bleibt der überwältigend große Teil der Bevölkerung, der zwar nicht von der Teilhabe an der Vernunft ganz ausgeschlossen wird, aber doch zum selbständigen Gebrauch der Urteilskraft und damit zur Ausübung politischer Macht, nicht befähigt sein kann. Die Idee der Aufklärung ist damit elitär belastet.

Rawls löst das Problem

Kennzeichen der Person ist in diesem Ansatz nicht mehr die freie Verfügung über Sachen oder die Beteiligung an der Staatsmacht, sondern die in allen menschlichen Verhältnissen erkennbare Fähigkeit der Einzelnen zur Kooperation mit Anderen.

Werden die gesellschaftlichen Praktiken als Netzwerk von Kooperationen betrachtet, fragt sich, wie die Kooperation eingerichtet ist, und wer darin den Nutzen hat bzw. wie die Nutzen verteilt sind.

Wenn in einer Gesellschaft die Personen die Freiheit haben, Kooperationsverhältnisse einzugehen und aufzulösen, organisiert sich das Netzwerk der Kooperationen unvermeidlich als Geflecht von Verträgen. Fair sind Verträge, die von den Beteiligten ohne Einwirkung eines fremden Willens oder gar

Unsere Lektüre: * **KANT**: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? (1784), Textzugang: https://de.wikisource.org/wiki/Beantwortung_der_Frage:_Was_ist_Aufkl%C3%A4rung%3F |

** **KANT**, Immanuel Die Metaphysik der Sitten, (797), § 46- Die gesetzgebende Gewalt Textzugang: <http://www.zeno.org/Philosophie/M/Kant,+Immanuel/Die+Metaphysik+der+Sitten/Erster+Teil.+Metaphysische+Anfangsgr%C3%BCnde+der+Rechtslehre/2.+Teil.+Das+C3%B6ffentliche+Recht/1.+Abschnitt.+Das+Staatsrecht>.

*** **RALWS**, John Rawls, **Gerechtigkeit als Fairness, Ein Neuentwurf**. Suhrkamp. Frankfurt 2003, Auszug § 7, Die Idee der freien und gleichen Person. (Nicht gemeinfrei publiziert)

Am 4. November **1950 wird in Rom die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet**. Sie hat einen starken Bezug bzw. orientiert sich stark an der im Jahr zuvor von der UNO verabschiedeten Erklärung der allgemeinen Menschenrechte.

Die Konvention beschreibt Individualrechte und das Verhältnis des Individuums zum Staat. Das Dokument formuliert dabei auch Rechtsansprüche wie etwa ein faires Verfahren, keine Strafe ohne Gesetz. Der zweite Abschnitt des Dokuments regelt die Funktionsweise des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg. Klageberechtigt sind Staaten und Individuen. Die Verhandlungen sind grundsätzlich öffentlich. Akten können eingesehen werden.

Der Ursprungstext ist in der Zwischenzeit durch eine Reihe von Protokollen mehrfach revidiert worden. Das Verbot der Todesstrafe beispielsweise, das in der ersten Fassung noch viele Ausnahmen kennt, wird in zwei weiteren Schritten (1983 und 2002) zu einem allgemeinen Verbot der Todesstrafe ohne Ausnahme. 1952 werden die Rechte auf Eigentum, Bildung und Wahlen aufgenommen. 1963 werden die Rechte auf Freizügigkeit, der Schutz vor Gefängnisstrafen lediglich aufgrund von Schulden, das Verbot der Ausweisung von Staatsangehörigen und das Verbot der Gruppenausweisung ausländischer Staatsangehöriger aufgenommen. 1984 wird ein stärkerer Schutz ausländischer Staatsangehöriger vor Ausweisung eingeführt. 2000 wird das Diskriminierungsverbot weiter gefasst.

Es ist also ein kontinuierlicher Entwicklungsprozess im Gang. Ein wichtiges Dokument für soziale Bewegungen. Hier spielt sicher auch eine Rolle, dass NGOs seit 1952 einen beratenden Status im Europarat haben.

Einen weiteren Bezugspunkt für emanzipatorische Bewegungen bildet der **Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte** (nicht im Kurs verhandelt worden). 1966 verabschiedet ist dieser internationale Normensetzende Vertrag von Bedeutung als Bezugspunkt für alle Bewegungen, die soziale Emanzipation verfolgen. Er richtet sich zwar an die Staatengemeinschaft, nennt aber als Subjekte die Völker,

Zwanges geschlossen bzw. verlängert werden könnten bzw. aus Gründen verändert werden sollten. Die Ebene der tatsächlichen Kooperation wird also von der Ebene der Verträge überlagert und die Verträge sind Gegenstand von Verhandlungen. Eintreten in bestehende und Aushandeln neuer Verträge ist Alltag aller. Weil ein stabiler Vertrag nur zustande kommt, wenn beide Seiten gelernt haben, die Sachlage auch mit den Augen ihres Gegenübers zu betrachten, liegt hier eine Praxis vor, die sich auch zur Behandlung politischer Fragen eignet, denn da urteilt der Einzelne über etwas, das ins Leben aller Anderen eingreift, die von einem Gesetz durchaus verschieden betroffen sein werden.

Anders als die Organisationsidee der „Suche nach der besten Lösung“, die als Aufgabe von Experten begriffen werden kann, die dann auf Biegen und Brechen durchzusetzen ist, fördert der Rawlssche Ansatz eine Kultur des Verhandeln und der Verständigung, selbstverständlich kann diese Kultur des Verhandeln nur stabil sein, wenn die Bürgerinnen und Bürger die echte Chance haben, ungleicher Machtverteilung durch Zusammenschluss und Kampf aufzubrechen: um eine Verhandlungssituation herzustellen.

Entwicklungsländer und im wesentlichen Teil 2 Individuen. Er verbindet politische, soziale und wirtschaftliche Ansprüche und Rechte und legt vor allem Wert auf die Bereiche Bildung, Arbeitsbedingungen und Vereinigungsfreiheit. Er verbindet so die Menschenrechte, Teilhaberechte im Wirtschaftsgeschehen und klassische Arbeiterrechte.

Die praktische Umsetzung, die Verwirklichung des Vertrages gestaltet sich jedoch äußerst schwierig und bleibt enormen Gegenständen ausgesetzt. 40 Jahre nach seiner Verabschiedung wird die praktische Umsetzung der im UN-Sozialpakt kodifizierten Rechte als widersprüchlich bewertet. Der Pakt hat auf jeden Fall politische und rechtliche Bewegungen angestoßen, die mittelfristig eine bessere Durchsetzung einzelner wirtschaftlicher und sozialer Rechte ermöglichen. Ursprünglich vorwiegend als Absichtserklärungen verstanden, haben die im Pakt niedergelegten Rechte mittlerweile eine erhebliche Präzisierung erfahren und werden zunehmend als justiziabel anerkannt. Auch mehren sich die Stimmen, die die Einführung eines

Individualbeschwerdeverfahrens zum Sozialpakt befürworten. Ebenfalls von Belang ist, dass die Länder berichtspflichtig sind.

Seit den 90er Jahren haben die im Pakt formulierten Rechte an Bedeutung gewonnen. Die Wiener Menschenrechtskonferenz von 1993 anerkannte nachdrücklich die Unteilbarkeit der verschiedenen Dimensionen von Rechten, wie sie im Pakt niedergelegt sind. Eine wachsende Zahl von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen hat den Internationalen Pakt aufgegriffen und treibt seine Umsetzung voran. In den vergangenen Jahren gab es mehr und mehr Bemühungen, die Entwicklungszusammenarbeit an den Zielen des Paktes auszurichten.

Für linke Programmatik und Politik böte sich an, den Pakt als Ausgangspunkt für eigene Konzeptentwicklungen zu nutzen und die Strukturen und Träger, die den Pakt in Politik umsetzen wollen, als Kooperationspartner für praktische Ansätze wahrzunehmen. So wie der Pakt etwa als ein Bezugs- und Anknüpfungspunkt für das Konzept der Freiheitsgüter genutzt wurde.

Freiheitsgüter

Bericht ROLF GEHRING, Brüssel

Die während des Kurses behandelten Texte spiegeln diverse Momente und ihnen zugrunde liegende soziale Bewegungen für ein solidarisches Miteinander, für Kooperation, für individuelle und kollektive Rechte, die zusammengenommen als eine umfassendere emanzipatorische Bewegung gedeutet werden können.

Mit dem Entstehen der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung wurden die Fragen der Befreiung in der Arbeit und die Eigentumsfrage aufgeworfen, allerdings von Beginn an angeführt durch die Fokussierung auf die Erringung der politischen Macht und, in der Praxis, schroff und zugespitzt formuliert, in staatssozialistische Erstarrung geführt. In einem 2006 publizierten Beitrag zeichnet Michael Brie die theoretische und praktische Behandlung der Eigentumsfrage in den verschiedenen Strömungen in der europäischen sozialistischen Bewegung nach, bis hin zu den (linken) globalisierungskritischen Bewegungen. Er sieht schon in der Grundfigur sozialistischer Theoriebildung, wo der einzelne sich im gesellschaftlichen Gesamtarbeiter aufhebt und sich dennoch individuell entfalten soll, ein unbearbeitetes Problem: „Die Gesellschaft wird dabei als Subjekt gedacht, dass nach einem einheitlichen Willen handelt.“ Grundsätzlich merkt er an, dass die Darstellung der Grundzüge einer alternativen Ordnung im Kommunistischen Manifest faktisch ausbleibt und dieser Mangel nie behoben wurde.

Der Beitrag nimmt den historischen Abriss als Ausgangspunkt, um nach Momenten eines aktuellen Ansatzes für eine „mensenrechtspflichtige Eigentumsordnung“ zu fragen. Ein Kernelement stellt für ihn dabei das Konzept der „Freiheitsgüter“ dar. Dieses Konzept bezieht sich sowohl auf allgemeine Menschenrechte, Gerechtigkeitskonzepte (Rawls) als auch auf Partizipationsrechte (im Sinne einer (Mit-)Entscheidung über die Zwecksetzung der Produktion) und fand 2003 Eingang in das Programm der PDS. Folgend die Kurzdarstellung aus dem angesprochenen Aufsatz:

Die wiederentdeckte Eigentumsfrage

Quelle: Michael Brie, Die wiederentdeckte Eigentumsfrage; In: Mit Marx ins 21. Jahrhundert – Kritik des Neoliberalismus und Alternativen. Michael Brie (Hrsg.), S. 77-102. VSA – 2006. Auszug ohne Fußnoten.

„Freiheitsgüter als unmittelbarer Zweck der Produktion und Ziel der Aneignung durch jede und jeden, Menschenrechte be-



dürfen einer realen Grundlage, sollen sie nicht bloße Deklaration bleiben. Ihre Realisierungsbedingungen müssen in sozialen Systemen ständig neu erzeugt werden. Sie sind an die Bereitstellung von und den universellen Zugang zu Gütern gebunden. In die Programmdiskussion der PDS wurde dazu durch André Brie, Dieter Klein und den Autor der Begriff der Freiheitsgüter eingeführt. Dieser Begriff knüpft an die internationale Diskussion zu den Grundbedürfnissen und Grundgütern (basic goods oder primary goods) an und verbindet diese Diskussion explizit mit dem Freiheitsanspruch jedes und jeder Einzelnen und den Menschenrechten. Im 2003 verabschiedeten Programm der PDS heißt es nun:

„Unsere programmatischen Ziele gehen von einer einfachen Frage aus: Was brauchen Menschen, um selbstbestimmt leben zu können? In den Kämpfen ausgebeuteter, unterdrückter und herabgewürdigter sozialer Gruppen hat sich gezeigt: Menschen brauchen die Möglichkeit, über die gesellschaftlichen Bedingungen ihres Lebens selbst und gemeinsam mit anderen zu entscheiden. Sie brauchen den Schutz vor Gewalt. Sie brauchen saubere Luft und sauberes Wasser. Sie brauchen Arbeit, Erwerb und Verteilungsgerechtigkeit. Sie brauchen Bildung und Kultur. Sie brauchen soziale Sicherheit und Gesundheit... Die Verfügung über diese Güter entscheidet, ob Menschen frei oder unfrei sind. Es sind grundlegende Freiheitsgüter. Der Anspruch auf gleiche Teilhabe an ihnen ist zugleich Anspruch auf Wahrnehmung fundamentaler Menschenrechte. Es war die Internationale, die den Kampf um diese Menschenrechte zu ihrer weltumspannenden Botschaft machte.“

Mit dem Begriff der Freiheitsgüter wird ein neosozialistisches Kriterium für die Ausrichtung der Produktion und für das Maß der Verteilung formuliert. Danach ist das Produktionssystem an der Erzeugung jener Güter auszurichten, die für die freie

Entwicklung der Einzelnen, vor allem der bisher strukturell benachteiligten Gruppen, von entscheidender Bedeutung ist. Die Verteilung muss einen möglichst gleichen Zugang aller zu den grundlegenden Freiheitsgütern garantieren. Die Produktion anderer Güter sowie das Maß der Ungleichheit bei ihrer Verteilung bemessen sich nach dieser Vorstellung daran, ob sie das genannte zentrale Produktionsziel und oberste Verteilungskriterium befördern bzw. zumindest nicht einschränken. Man könnte auf dieser Basis auch einen Maßstab für einen neuen Sozialismus formulieren: In einer Gesellschaft wirken dann sozialistische Tendenzen, wenn die Produktion der Freiheitsgüter zunimmt und sich der Zugang für die schwächsten Gruppen der Gesellschaft erhöht.“

Das Konzept stellt nicht nur eine ethische Maxime für die soziale Orientierung des Wirtschaftens zur Verfügung, sondern definiert individuelle Ansprüche in Form von Freiheitsgütern

(dargestellt in einem sozialen Raum verschiedener Arten von Gütern). Das Konzept würde auch erlauben, die Rolle der Wirtschaftssubjekte bezüglich der verschiedenen Formen von Gütern zu beschreiben. Was mit dem Konzept freilich nicht in den Blickpunkt gerät ist die „Befreiung in der Arbeit“ also die partizipative Rolle der Wirtschaftssubjekte in der Produktion, ihrer Planung, der Produktentwicklung, der Gestaltung der Arbeitsvollzüge usf.

Fruchtbar wäre wohl das Zusammendenken von Freiheitsrechten in der Gesellschaft und Emanzipation in der Produktion. Emanzipation ist ja wesentlich auch geglückte Kooperation in arbeitsteiligen Prozessen. Freiheitsgüter sind neben einer konzeptionellen Grundausrichtung des Wirtschaftens wesentlich durch die gesellschaftlichen Subsysteme bereitgestellte Güter – Emanzipation im Arbeitsprozess ein selbst (kollektiv) zu gestaltendes Feld.

Sommerschule 2019, Teil IV: **Industriepolitik**

Französisch/deutsche „Industriepolitik“ für Europa? – Was sagen Gewerkschaften und Linke, was sind ihre Ansatzpunkte der Kritik und der Politik dazu?

Berichterstattung: CHRISTOPH CORNIDES, Mannheim

Dieses Thema bildete einen eigenen, abgegrenzten Themenbereich im Rahmen der Sommerschule. Industriepolitik/Industrieökonomik war auf der Sommerschule 2017 bereits Thema, damals mehr unter dem Aspekt der theoretischen Ansätze der sog. „Industrieökonomik“ (Titel eines Standardlehrbuchs des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Jean Tirol).

Auch wenn in Sachen deutsch/französischer Zusammenarbeit unter dem Markenzeichen Europa bisher in der Öffentlichkeit vor allem die Themen Rüstungsindustrie, Aufrüstung und Rüstungsexport wahrgenommen wurde, erschöpfen sich darin nicht die über Paris und Berlin koordinierten Initiativen zur Zusammenarbeit zukünftiger EU-Wirtschafts-, Finanz-, Handels- und Industriepolitik.

Bereits im Juni 2017 hatten über 20 EU-Mitgliedsländer in einer sog. „Berliner Erklärung“ festgestellt, dass sie „... der Auffassung (seien), dass in der Industriepolitik die Weichen für die Zukunft in den folgenden Handlungsfeldern richtig gestellt werden müssen:...“ und danach folgt eine Aufzählung verschiedener Technologiebereiche, in denen europäische Firmen eine Weltmarktrolle spielen und durch staatliche Politik gezielt gefördert werden müssten.

In den vergangenen Monaten des Jahres 2019 verfassten das deutsche und französische Wirtschaftsministerium unterzeichnet von Altmaier und Maire ein „Manifest“ französisch/deutscher Industriepolitik. Emmanuel Macron ließ in 28 europäischen Zeitungen einen Gastbeitrag erscheinen unter dem Titel: „Wir müssen unsere Wettbewerbspolitik reformieren, unsere Handelspolitik neu ausrichten“. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) veröffentlichte im März 2019 seine „Nationale Industriestrategie 2030“, die vorsieht, dass sich der Staat stärker als bisher in die Förderung einzelner Branchen und Unternehmen einmischen soll. Dass etwa der Zusammenschluss der Zugsparten von Siemens und Alstom durch die EU-Kommission aus kartellrechtlichen Gründen verhindert worden war, dürfe nicht nochmal vorkommen.

Neue kartellrechtliche Regelungen sollen beispielsweise auch staatliche Beteiligungen an Konzernen erlauben. Zur Finanzierung europaweiter Unternehmungen soll der „Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFSI)“ weiter ausgebaut werden. Als erstes deutsch/französisches Projekt dieser neuen europäischen „Industriepolitik“ soll eine komplette Produktionskette für die Herstellung von Batterien mit über 1 Mrd. Euro

Gelesen und diskutiert wurden die folgenden Texte:

- Maire-Altmaier, „Nationale Industriestrategie 2030“, (www.bmw.de/Redaktion/DE/Artikel/Industrie/nationale-industriestrategie-2030.html)
- Französische Botschaft Berlin, „Bruno Le Maire zu Gast beim Tag der Deutschen Industrie“, (ambafrance.org/Bruno-Le-Maire-zu-Gast-beim-Tag-der-Deutschen-Industrie)
- Peter Bofinger, „Made in Europe“, IPG, 53.6.2019, (www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/made-in-europe-3512/)
- Wolfgang Lemb, „Bündnis Zukunft der Industrie, Sicht der IG Metall“, (https://www.boeckler.de/wsimit_2015_07_lemb.pdf)
- Aus DER LINKEN: F. De Masi, A. Ullrich, „Thesen für eine progressive Industriepolitik“, (https://www.mdb-alexander-ulrich.de/fileadmin/lcmsulrich/user/upload/Fabio_De_Masi_Alexander_Ulrich_10_Thesen_fuer_eine_progressive_Industriepolitik.pdf)

Für weitere Bearbeitung bleiben insbesondere folgende Fragestellungen:

- Die weitere Entwicklung der deutsch/französischen und europäischen „Industriepolitik“ in der internationalen Konkurrenz;
- Auf welche Ansätze der sog. „Industrieökonomik“ und der Regulationstheorien stützt sich diese Politik und welche eher kritischen Ansatzpunkte liefern bereits diese Theorien u.U. gegen diese ihre reale Umsetzung?
- Unter welcher Zielsetzung und mit welchen Standpunkten wollen sich die Gewerkschaften am sog. „Bündnis ‚Zukunft der Industrie‘“ beteiligen?

aus staatlichen Mitteln gefördert werden.

Neben vielen Fragen bleibt auch die: was sagen Gewerkschaften und Linke dazu und was sind ihre Ansatzpunkte der Kritik und der Politik zur „neuen Industriepolitik“. Während Unternehmen und Staat die Offensive für industrielle Investitionen und für eine Steigerung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft vor Augen haben, will die Industriegewerkschaft Metall nicht in eine Defensivposition abgedrängt werden. Der Vorsitzende der IG Metall, Detlef Wetzels, formulierte die Hoffnungen der IG Metall bereits 2015 so: „Die deutschen Industriegewerkschaften engagieren sich für ein Bündnis ‚Zukunft der Industrie‘. Es geht darum, die Bedingungen für mehr Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Dafür müssen sich die Bündnispartner auf jene Themen konzentrieren, bei denen sie inhaltlich übereinstimmen. Wenn wir uns auf klare Spielregeln und Strukturen verständigen und alles vermeiden, was zu einer Politik der wechselseitigen Überforderung führt, werden wir gemeinsam erfolgreich sein.“ (Gemeinsame Pressemitteilung von BDI, Bundesminister Gabriel und IG Metall vom 3.3.2015)

Krise der Partei DIE LINKE: Strategiediskussion geplant

Kurzer Bericht vom letzten Treffen der Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE

Wolfgang Freye, Essen

Gut besucht war das Treffen der Zusammenschlüsse der Partei DIE LINKE am 26.10.2019 in Berlin. Neben der „Verständigung zur aktuellen politischen Lage“ und dem Austausch über Arbeitsvorhaben der Arbeitsgemeinschaften, Foren usw. standen die Finanzplanung für 2020 und die Wahl der 12 Vertreter/innen der Zusammenschlüsse im Bundesausschuss auf der Tagesordnung.

Jörg Schindler, Bundesgeschäftsführer der LINKEN, begann seine Ausführungen zur politischen Lage mit der These, DIE LINKE habe eine wichtige Rolle, nehme sie aber nicht gut wahr. Die gesellschaftliche Krise eröffne zwei Möglichkeiten der Entwicklung: Sowohl in Richtung einer autoritären, nationalistischen Gesellschaft als auch in Richtung eines demokratischen, sozialen und ökologischen Fortschritts. Anders als die Grünen, die als Reformkraft wahrgenommen werden, habe DIE LINKE ihren Platz noch nicht richtig gefunden. Sie müsse sich aber eindeutig verorten. Dass das möglich ist, zeige Thüringen. DIE LINKE brauche eine Strategiediskussion, aber auch eine programmatische Aufarbeitung der Entwicklung sowie Änderungen in der Parteiarbeit hin zu Möglichkeiten zur Beteiligung. Politische Arbeit „auf der Straße“ und in den Parlamenten. Jörg Schindler wies darauf hin, dass die nächste Bundestagswahl womöglich schon 2020 ansteht und DIE LINKE drei bis fünf zentrale Themen brauche, wie vor einigen Jahren z.B. der Mindestlohn.

Die Diskussion war kontrovers, aber ausge-

sprochen sachlich – das war in der Vergangenheit schon anders.

Vertreter z.B. aus der KPF warnten wie seit vielen Jahren davor, die parlamentarische Arbeit zu sehr in den Vordergrund zu stellen und das linke Profil zu verwässern – was immer das auch ist. Andere wiesen darauf hin, dass sich neue Fragen stellen und geklärt werden müsse, welche sozialen Antworten DIE LINKE auf ökologische Fragen geben kann.

Zum Thema Regierungsbeteiligung gab es den Hinweis, dass die guten Umfragewerte in Thüringen – die Beratung war einen Tag vor der Landtagswahl – und Berlin doch eher deutlich machen, dass DIE LINKE auch gut regieren kann und man auf der anderen Seite auch bei schlechter Oppositionsarbeit drastisch verlieren kann.

Unterstützung auch von Jörg Schindler gab es für den Verweis auf die Bedeutung der Kommunalpolitik – „Veränderung beginnt von unten“.

Für den 29.2./1.3.2020 lädt DIE LINKE zu einer Strategiekonferenz nach Kassel ein. Papiere, die in die Vorbereitung einfließen sollen, können bis zum 10.1.2020 eingereicht werden.

Die in der Finanzplanung der Bundespartei für 2020 vorgesehenen Mittel für die Zusammenschlüsse bleiben stabil. Der ArGe sollen mit 1.900 Euro wegen der leicht gestiegenen Mitgliederzahl sogar 100 Euro mehr zur Verfügung stehen, als im letzten Jahr.

Hinzu kommen Spenden, bei denen die ArGe mit 5.218 Euro in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres wieder Spitzenreiter unter allen Zusammenschlüssen ist.

ArGe-MV mit Wahlen

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit laden wir Euch herzlich zur nächsten Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung ein. Sie ist wieder im Rahmen der „Winterschule“ der ArGe **am Freitag, 3.1.2020, in Erfurt, Jugendherberge, Hochheimer Str. 12 und beginnt um 19 Uhr.**

Als Tagesordnung schlagen wir folgende Punkte vor:

1. Krise der Linken, Erfolg in Thüringen – Stand der strategischen Diskussion (Ein/e Referent/in für einen einleitenden Beitrag wird derzeit noch gesucht)
2. Kurzer Bericht über die Tätigkeit und Finanzen der ArGe (Sprecher/innen)
3. Übersicht über die Projekte der ArGe – nötige Abstimmungen
4. Wahl einer Sprecherin und eines Sprechers der ArGe oder eines Sprecher/Innenrates
5. Wahl von Delegierten mit beratender Stimme zum Bundesparteitag

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung!

Wolfgang Freye,

Brigitte Wolf

(Sprecher/innen der ArGe)

Winterschule 2020, von Donnerstag, 2. Januar, 14 Uhr, bis Samstag, 4. Januar, 17 Uhr

Zum Stand der Vorbereitungen. Geplant sind 2 Kurse. Ausführliche Thematisierung in PB 12, zugänglich auch über www.linkekritik.de. Beteiligung an der Vorbereitung erwünscht. Siehe Mail-Adresse der Vorbereitungsgruppen.

Kurs Philosophie – Kulturwissenschaften. ARBEITSTITEL: **Sicherheits- und militärische Konzepte und Schwerpunkte der Parteien mit besonderem Blick auf die Sicherheitsvorstellungen der Rechtsparteien in Europa (EU- und NATO-Staaten) – Programmatische Entwicklungen der Parteien in Hinsicht Friedenspolitik**

Das Thema Friedenspolitik war bei der Winterschule 2019 als Folgethema für den Winter 2020 festgelegt worden und erhält aktuell Brisanz durch vielerlei Ereignisse und Zuspitzungen. Kursplanung erfolgt ausführlich in der Dezemberausgabe der

Politischen Berichte. **Vorbereitung** durch Helmut Lechner, Eva Detscher. Lektürevorschläge und weitere Beteiligung an karl-helmut.lechner@wt.net bzw. eva.detscher@web.de

Kurs Wirtschaft: **Öffentliche Güter – Freiheitsgüter – Partizipation – Was sind und wozu dienen Leitbilder?**

Die Bereitstellung öffentlicher Dienste, Leistungen und Einrichtungen bekommt mit der Entwicklung der Industriegesellschaft immer größeres Gewicht, für die Produktivität der Wirtschaft, aber auch für die Lebensqualität der Einzelnen. Daraus entsteht ein gesteigertes Interesse, auf die konkrete Gestalt des Angebots der öffentlichen Hand einzuwirken. Die Verbandslobbys aller Art bauen ihre direkten Verbindungen zu den Organen der Gesetzgebung und der Verwaltung aus. Damit aber die Bürgerinnen und Bürger auf die Bedingungen ihres Alltags Einfluss

nehmen können, muss die kommunale Selbstverwaltung um Einrichtungen erweitert werden, die erlauben, auf Planungsprozesse und Handeln der Verwaltung Einfluss zu nehmen. Es ist dabei ein neues Feld der politischen Auseinandersetzung entstanden, auf dem emanzipative und solidarische Ansätze mit ausgrenzenden und auf Privilegien zielenden kollidieren. Was sind die Bedingungen, die auf diesem Feld zu beachten sind. **Vorbereitung:** fochlermuenchen@gmail.com, rgehring@efbh.be, ruediger-loetzer@onlinehome.de